

**Verbetonierung stoppen – Raumplanung anpassen**

## Ja zum Raumplanungsgesetz



Adrian Pulver,  
SD-Zentral-  
sekretär, Bern

Jeden Tag wird eine Fläche von 15 Fussballfeldern überbaut. Zugleich wächst die Bevölkerung jährlich um durchschnittlich 80'000 Personen, was etwa der Stadt Luzern entspricht. Neben den chronisch akuten Einwanderungsströmen, die infolge des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union (EU) zustande kommen, muss nun seit 2011 auch vermehrt mit aussereuropäischer Immigration gerechnet werden. Die Anzahl der Asylgesuche steigt ins Unermessliche. Diesen Tendenzen soll man mit Massnahmen gegen das Bevölkerungswachstum und die Verbetonierung der freien Landschaftsflächen Einhalt gebie-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

ten. **Dabei bedarf es nicht nur einer Kündigung der Personenfreizügigkeit und erschwerten Zulassungsbedingungen für Asylsuchende, sondern auch einem Raumplanungsgesetz, das restriktive Bedingungen im Haushalt mit Bauzonen zulässt.** Im Jahr 2008 reichte ein unabhängiges

Komitee die Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)» ein. Als indirekter Gegenvorschlag wird dem Schweizer Volk für den Urnengang vom 3. März 2013 eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) unterbreitet. Seit vor einem Jahr mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative bereits die Weichen gestellt wurden, soll man jetzt mit dieser Reform den Landschaftsschutz weiter verstärken. Dagegen wollen bürgerlich-konservative Kreise den Status quo erhalten und haben gegen den entsprechenden Parlamentsbeschluss das Referendum ergriffen.

### Die wichtigen Bestandteile der Revision

Zum heutigen Zeitpunkt herrscht eine massive Überkapazität an verfügbarem Boden, der explizit für Bautätigkeiten bestimmt ist.

**Die leer stehenden Bauzonen überstiegen 2007 die Nachfrage an Bauland bis 2030 um 40 bis 95 Prozent.**

Des Weiteren stellt man eine rapide Abnahme an Fläche mit landwirtschaftlicher Nutzung fest, womit sich die gefährliche Importabhängigkeit ständig vergrössert und die Volkswirtschaft in Randregionen empfindlich geschwächt wird.

**Jedes Jahr verschwinden 40 Quadratkilometer Kulturland, die Fläche des Bielersees. Das neue Gesetz trägt diesen Fakten Rechnung und sieht vor, dass die Bauzonen dem voraussichtlichen Bedarf von 15 Jahren entsprechen.**



Nur mit einem Ja zum Raumplanungsgesetz kann die Bautätigkeit eingedämmt werden.

### Leitartikel des «Schweizer Demokrat» Nr. 11/12 «SD muss neu erfunden werden! Sie ist tot – wir fangen neu an!»

In den letzten Wochen gab es gewisse Verunsicherungen bezüglich des Titels von diesem Leitartikel. Vor allem der Tages-Anzeiger sowie auch andere Tageszeitungen (hauptsächlich im Kanton Zürich) haben die Überschrift absichtlich auf bösartige Weise falsch interpretiert und stützten sich einzig auf das Wort «tot». Damit wollten sie die Auflösung der Schweizer Demokraten (SD) propagieren. Glücklicherweise liessen sich fast ausschliesslich sämtliche Mitglieder, Gönner, Zeitungsabonnenten usw. nicht davon blenden und reichten Vorschläge für einen neuen Partei- und Zeitungsnamen ein. Die Parteileitung bedankt sich bei über 200 Personen für die uns zugestellten Namen. Darunter hat es auch viele strategische Ideen und politische Anregungen. Die gesamte Parteispitze ist hoch motiviert für einen Neuanfang. Es herrscht Aufbruchsstimmung! Wir werden nun Ihre Vorschläge auswerten, entsprechende Entscheide fällen und Sie rechtzeitig darüber informieren.

Ihre SD-Parteileitung

Diese müssen somit auch konsequenter ausgenutzt werden, sodass eine höhere Verdichtung entsteht. Ansonsten sind Einzonungen nicht möglich. Die Erschliessung von Bauland soll auch an finanzieller

Attraktivität verlieren, demnach der Besitzer beim Verkauf des Grundstücks oder bei dessen Überbauung eine Mehrwertabgabe von

Fortsetzung Seite 2

**Abstimmung 3. März 2013: Ja zum neuen Raumplanungsgesetz:  
Wir unterstützen alles, was die zusätzliche Verbetonierung unserer Heimat eindämmt –  
Ja stimmen für die Zukunft unserer kommenden Generationen! Stoppen wir mit einem JA die Betonlobby,  
die mit Hilfe von immer mehr ausländischen Arbeitern unser Land total verbauen will.**

**Verbetonierung stoppen...***Fortsetzung von Seite 1*

20 Prozent entrichtet. Wenn im Gegenzug eine Auszonung (Aufhebung einer Bauzone) den Vermögenswert der Parzelle vermindert, so wird der Ertrag dieser Abgabe den Verlust ausgleichen. Die Entschädigung von Planungsnachteilen ist schon im bisherigen Gesetz verankert, wobei die öffentliche Hand Gelder sprechen muss. Es handelt sich bei der Mehrwertabgabe um ein zweckgebundenes, für den Fiskus bilanzneutrales Lenkungsinstrument. Mehrere Kantone machen bereits davon Gebrauch, so etwa Genf und Basel-Stadt, die als sehr bevölkerungsreich gelten.

**Eine Verteuerung des Bodens findet, wie von den Gegnern der Vorlage behauptet, nicht durch diese Mehrwertabgabe sondern viel mehr aufgrund des allgemeinen Bevölkerungswachstums statt.**

Die dritte wichtige Änderung betrifft den Bau von Solaranlagen auf Gebäudedächern. Wenn die Anlage keine ästhetisch empfindliche Beeinträchtigung des Gesamtbildes zur Folge hat, **entfällt die Notwendigkeit einer Baubewilligung, was nur im Fall von schützenswerten Kulturdenkmälern nicht zutrifft.**

Somit leistet man einen erheblichen Beitrag für die beschlossene Energiewende und des damit verbundenen Atomausstiegs.

**Lieber den «Spatz in der Hand»**

Durchaus wäre die Quantität der Bauzonen im Text der ursprünglichen Landschaftsinitiative an strengere Bedingungen gebunden als in der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes. Die Verantwortlichen verlangen im Rahmen der sogenannten Übergangsbestimmungen, dass sich die gesamte Substanz der Bauflächen während 20 Jahren nicht vergrössert. Das Komitee hat das Begehren jedoch bedingt zurückgezogen, da das Parlament die wichtigen Inhalte übernahm. **Für die Gesetzesvorlage sprechen die zusätzlichen Massnahmen gegen Einzonungen, zumal der Initiativtext ansonsten keine konkreten Ansätze vorsieht.** Zudem ist eine unheilige Allianz mit dem schweizerischen Gewerbeverband und der SVP wenig sinnvoll und könnte letztendlich den aktuellen unhaltbaren Zustand besiegeln, demnach sämtliche bürgerliche Parteien gegen die Landschaftsinitiative sturmlaufen würden. Diese breite Front wäre in finanzieller Hinsicht um ein Vielfaches überlegen.

**Am Rande sei nämlich bemerkt, dass mitunter dank dem jahrzehntelangen Kampf der Schweizer De-**

**mokraten (SD) gegen jegliche Verbetonierung nun sogar Parteien wie die CVP, die BDP und Teile der FDP ein Anliegen wie dieses Raumplanungsgesetz unterstützen.**

Letztlich ist es schwierig, dem Stimmvolk auf der Basis von taktischem Geplänkel eine Parole unterbreiten zu wollen, denn die Gesetzgebungsabläufe können oftmals nicht einmal von den Politikern mehr wahrgenommen werden und verschwinden im Nebel der Langfristigkeit. Auch ein Hinweis auf eine im Jahr 2008 eingereichte Volksinitiative, in diesem Fall die Landschaftsinitiative, hilft kaum weiter und würde wohl grösstenteils, mit oder ohne Absicht, ignoriert.

**Die Fahrtrichtung stimmt**

In theoretischer Weise ist die Schweiz auf dem richtigen Weg. Die Probleme werden erkannt und angesprochen.

**Bereits die Zweitwohnungsinitiative beweist allerdings, dass die reale Wirkung der Umsetzung eines Gesetzestextes wenig Anklang findet. Einsicht verwandelt sich unweigerlich in das alte Schema des immerwährenden diskussionslos prioritären Wirtschaftswachstums.**

Die Grossagglomerationen wachsen an ihren Rändern in horrendem Tempo, selbst Waldgebiete müssen weichen, wie ein geplantes Projekt in der Stadt Bern zeigt. Ungefähr 300'000 Quadratmeter Wald will man zu Gunsten vermögender Eigentümer roden. Die stetig voranschreitende Zersiedelung beeinträchtigt die Ortsbilder und somit die Tourismusbranche, was vor allem die Bergregionen zu spüren bekommen. Eine laufende Anpassung der gesamten Infrastruktur und das bereits heute sehr dichte Verkehrsnetz haben wiederum Kosten in Milliardenhöhe zur Folge.

**Anstatt Systemfehler wie der deregulierte Steuerwettbewerb und die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer zu beheben, soll Wohneigentum staatlich gefördert werden, nur das hierbei die Stimme des Volkes nicht mitmachte.**

Schützen wir also unsere Landreserven mit einem kräftigen Ja zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes. Allerdings ist jedes Gesetz nutzlos, wenn nicht der Ursprung des Problems bekämpft wird.

**Mit dem momentanen Bevölkerungswachstum scheitert jegliche Umsetzung einer schriftlichen Vorgabe.**

## Umfrage unter Muslimen: Integrationsbemühen scheinen wohl umsonst

Lange kursierten nur Vermutungen, jetzt ist es durch eine Studie mit knallharten Fakten belegt: Was die «Welt» als «bedenklich» einstuft, ist in Wahrheit ein Skandal erster Klasse – und dürfte so manch verschlafenen Mitbürger aus den Träumen einer friedliebenden multikulturellen Gesellschaft aufschrecken. Denn wenn innerhalb von zwei Jahren 13 Prozent mehr Muslime in Deutschland den Wunsch äussern, dass hier in Zukunft möglichst mehr Menschen der eigenen Religion als Christen leben, wenn 25 Prozent der befragten Muslime Personen ohne Glauben als minderwertig ablehnen und über die Hälfte der Studienteilnehmer die Forderung nach noch mehr Moscheen in der Bundesrepublik unterstützt, darf das nicht nur einen Aufschrei hervorrufen, sondern muss zu klaren Konsequenzen führen.

**Gefährliche Parallelgesellschaft**

Der Leiter der Studie selbst zeigt sich teils erschüttert über die Ergebnisse:

**Die meisten Türken schätzten ihre Heimat am Bosphorus lebenswerter und attraktiver ein als die Bundesrepublik – und blieben nur in Deutschland, weil das soziale Sicherungssystem ihnen Halt gebe.**

Während sich also türkischstämmige Bürger einerseits über fehlende «Toleranz» in Deutschland empören, wird offenkundig das Netz aus Sozialversicherung gern ausgenutzt, um es sich gut gehen zu lassen – so interpretieren zumindest viele Beobachter die Studienwerte, die auch andernorts an Dramatik nicht sparen: **Besonders die jüngste Generation steht Juden feindselig gegenüber – gerade sie sind es auch, unter denen die Strenggläubigkeit eklatant zugenommen hat und einen Grossteil der nochmals grösser gewordenen Anzahl an Befragten ausmacht, die den Islam als «die einzig wahre Religion» ansieht (mittlerweile 72%).** Kirchen werden in der Türkei und in islamischen Ländern na-



*Einer Mehrheit der deutschen muslimen ist die Bewahrung der eigenen Identität offenbar wichtiger als Integration.*

hezu ausgerottet – und trotzdem preisen viele Türken ihre Werte als «freizügiger» als die hiesigen. Dass dabei kulturelle Verständnisse aufeinander prallen, die nicht nur diametral gegeneinander stehen, sondern auch mit westlichem Blick als miteinander unvereinbar gesehen werden dürften, ist ein Rückschlag für alle die, die den Weg der Integration in den letzten Jahren mühsam vorangetrieben haben.

**Denn die Zahlen offenbaren: Je grösser die Anstrengungen um Eingliederung von Muslimen, desto stärker wird deren Ablehnung gegenüber den Deutschen.**

**Fundamentalismus als Waffe**

Eventuell mag mittlerweile ein deutscher Politiker mit christlichen Wurzeln die verstehen, die sich um die Zukunft dieses Landes sorgen. **Es ist keine rechte Hetze, sondern eine bürgerlich-menschliche Angst als Nichtmuslim im eigenen Land.** Befürchtungen vor einem neuen Mekka an Elbe oder Rhein wurden lange als Märchen und Populismus abgetan. Dass in den Köpfen vieler Muslime aber exakt diese Vorstellungen präsent sind, beweisen sie durch ihre eigenen Aussagen selbst. Nicht nur gefährlich und erschütternd, sondern menschenunwürdig und ver-

*Fortsetzung Seite 3*

# Ja zur Abzockerinitiative

## Gegenvorschlag taugt nichts

Während Jahren verschleppten FDP, CVP und SVP diese Abstimmung in der Hoffnung, dass sie zu einer Zeit zur Abstimmung komme, wo das politische Klima gegen die Initiative günstig ist. Nun denn, wer vor zwei Wochen die Aussagen, oder besser gesagt die Nicht-Aussagen, des ehemaligen Schweizer Bankers Rohner zur Kenntnis genommen hat, der weiss, was zu stimmen ist. Nämlich JA zur Abzockerinitiative! Einer der «Oberabzocker» sagte vor einer britischen Kommission zum Libor-Skandal aus, **dass er nicht gewusst habe, dass in diesem Fall finanzakrobatische Vorgänge abgelaufen seien, die nicht rechtens waren.** Er mimte den Ahnungslosen, dabei war er doch an vorderster Front mit dabei, mit dabei... die andern Leute auszunehmen und selbst fette Profite für sich und seine Grossbank einzustreichen. **Und alle diese grossen Abzocker wurden bisher nicht für ihre dreisten Selbstbedienungsaktionen bestraft.** Man kann sie nämlich kaum bestrafen.

**Nur die Initiative garantiert, dass solche Leute erstens zur Kasse gebeten werden können und dass es zweitens auch möglich ist, sie hinter Gitter zu bringen. Der verwässerte Gegenvorschlag ist auch diesbezüglich reiner Gummi und nichts wert.**

### Fiese Economiesuisse

Mit einer Millionenpropaganda soll nun die Abzockerinitiative gebodigt werden. Das internationale Ansehen unseres Landes würde bei

Annahme der Initiative leiden. Dazu ist allerdings die Frage zu stellen:

**Wer hat das internationale Ansehen unseres Landes effektiv geschädigt? – Es waren doch die Banken selbst mit ihrem gierigen Abzockergebaren.**

Die Wirtschaftsorganisation bekämpft Ständerat Thomas Minder mit denselben unlauteren und hinterhältigen Methoden, wie sie gegen unsere EU-Freizügigkeitsreferenden vorgegangen ist. Man erinnere sich: **Diese Wirtschaftsorganisation hat seinerzeit alle erdenklichen Internet-Namen gegen die bilateralen Verträge aufgekauft, sodass wir die Adressen als Gegner dieser Vorlagen nicht mehr gebrauchen konnten.** So wollten sie es uns verunmöglichen, eine Internet-Kampagne zu machen. Mit genau derselben fieson und schäbigen Methode geht diese Organisation nun gegen die Abzockerinitiative vor. Diese sich fein gebärdenden «Krawattenmänner» sollten sich für solche Aktionen in Grund und Boden schämen und zwar ebenso für die angeheuerten Studenten, die ablehnende Leserbriefe professionell gemäss Vorgaben schrieben und dafür noch bezahlt wurden.

### NEIN-Komitee mit vielen SVP-Exponenten!

Wenn man sich das gegnerische Komitee anschaut, dann fällt sofort auf, dass ausnehmend viele SVP-National- und Ständeräte rund um Christoph Blocher diese Initiative aus Eigeninteresse bekämpfen. Dies ist natürlich im krassen Ge-



*Die Initiative stärkt die Aktionärsrechte effektiver als deren Gegenvorschlag.*

gensatz zur SVP-Basis, die alles Interesse daran haben muss, der Abzockerinitiative zuzustimmen. Pfui ihr Herren Blocher und Co.! **Diese SVP-Herren zeigen nun ihr wahres Gesicht. Sie vertreten nicht die Volksinteressen, sondern diejenigen der internationalen Grossbankenwelt und Hochfinanz.** Und ein weiterer Strippenzieher im Hintergrund ist der BDP-Präsident Martin Landolt, seines Zeichens auch Vertreter von UBS-Interessen im Bundeshaus. **Geben wir diesen Herren die Abfuhr, die sie nötig haben und stimmen wir deshalb JA zur Abzockerinitiative.**

### Und noch zum Gegenvorschlag eine Präzisierung des Initiativkomitees:

**Initiative:** Von den Gegnern der Initiative wird immer darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Initiativtextes in Gesetzesform Jahre dauern kann. Dabei wird ignoriert, dass gemäss Übergangsbestimmungen **innerhalb eines Jahres nach Annahme der Initia-**

**tive durch Volk und Stände, der Bundesrat bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen muss, das heisst bis 3. März 2014.**

**Gegenvorschlag:** Es wird immer wieder behauptet, der Gegenvorschlag werde im Gegensatz zur Volksinitiative sofort wirksam. Da ist zu präzisieren, dass bei einer eventuellen Ablehnung der Initiative **zuerst eine 100-tägige Referendumsfrist läuft.** Wird kein Referendum ergriffen, gewährt der Gegenvorschlag den Gesellschaften für die Umsetzung aller neuen Gesetzesartikel eine **Übergangszeit bis 2016.** Also kann man so munter weitermachen wie bisher.

**Lesen Sie dazu im Internet auch: [www.abzockerinitiativeja.ch](http://www.abzockerinitiativeja.ch)**

*Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf*

### Umfrage unter Muslimen...

*Fortsetzung von Seite 2*

fassungswidrig ist das Gedanken- gut, was offenbar zahlreiche Türken im Land prägt. **Von Wertlosigkeit gegenüber Atheisten zu sprechen oder Andersgläubige als verloren zu bezeichnen – das sind Positionen, die mit keinem Grundrecht der westlichen Welt, geschweige mit Artikel unserer deutschen Verfassung vereinbar sind.** Genau daher ist eindeutig:

Die Studie zeigt unwiderruflich, dass einerseits die Differenzen zwischen Religionen, Traditionen und Kulturen offenbar unüberwindbar scheinen.

**Andererseits macht sie deutlich, dass Integration jeglichen Ausmasses wohl nicht das befriedigen kann, was viele Muslime eigentlich sehnsüchtig erwarten. Und sie lässt damit die Konklusion zu, dass ein durch Eingliederungsmassnahmen nicht zu bewältigen-**

**der Konflikt vor den Türen Europas steht, dessen Nährboden man allzu lange verkannt hat.**

### Profit entscheidet

Die noch verbliebene Verbundenheit der Muslime mit Deutschland könnte nach Ansicht des Studienleiters dann vergehen, wenn die Wirtschaftslage schwieriger wird und die sozialen Absicherungen für Migranten im Land zu schwinden drohen. Eine zunehmende Abwanderung zurück in die Türkei

könnte es nach Einschätzungen geben, sobald die Vorteile für Muslime rückläufig würden. Man muss sich erbot die Frage stellen:

**Wie ernst ist es ausländischen Mitbürgern um ihre Loyalität mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wirklich bestellt, wenn es nur die Rosinen sind, die überhaupt noch zum Hierbleiben anhalten?**

*Dennis Riehle, Konstanz (D)*

**Abstimmung 3. März 2013: JA zur Abzockerinitiative. Diese Initiative verhindert das Abzockertum und stärkt die Rechte der Aktionäre! Nur wenn wir JA stimmen, können Leute, die gegen die neuen Normen verstossen, auch richtig strafrechtlich verfolgt werden... bis hin zu Gefängnisstrafen!**

## Asylsumpf austrocknen!



Afrikanische Asylbewerber, hauptsächlich Wirtschaftsflüchtlinge, gelangen mit Hilfe von kriminellen Schleppern auf dem Seeweg nach Europa.

Die Schweizer Asylpolitik gleicht zunehmend einem Desaster. Deshalb brodelt es in der Schweizer Bevölkerung, denn immer mehr junge, kräftige Männer drängen über den Asylweg in unser Land. Das Problem wird von der zuständigen Justizministerin verwaltet, aber nicht gelöst. In zahlreichen Gemeinden gibt es Widerstand gegen aufgezwungene Asylunterkünfte. Renitente Asylbewerber aus Nordafrika oder drogendealende Nigerianer machen sich zunehmend breit. Der massive Missbrauch unseres Asylwesens auf Kosten des Steuerzahlers ist unhaltbar. Es muss zwingend gehandelt werden!

Heute gibt es im Asylwesen praktisch keinen Bereich mehr, der noch funktioniert. Absurditäten und Missbräuche sind eher Regel denn Ausnahme. Die Gesuchszahlen explodieren von Monat zu Monat, die Verfahren werden zur Unendlichkeit verlängert und die Unterbringung setzt Bund, Kantone und Gemeinden vor immer unlösbarere Probleme. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit der Bevölkerung vor renitenten Immigranten, die über den Asylweg einwandern, wird immer schwieriger und teurer und die Kosten für das Asylwesen werden von Jahr zu Jahr sowohl im ordentlichen Budget wie auch über Nachtragskredite erhöht.

### Profiteure des Asylwesens

Die humanitäre Tradition der Schweiz wird immer mehr von einer eigentlichen Asylindustrie missbraucht.

Es gibt heute ganze Heerschaaren, die ausschliesslich vom schweizerischen Asylbetrieb leben. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe und andere Hilfswerke haben massgeblich mitgeholfen, in unserem Land eine solche Asylindustrie aufzubauen.

Es sind letztlich die Steuerzahler, welche Tausende Sozialarbeiter, Betreuer, Flüchtlingshelfer, Therapeuten, Psychologen, Dolmetscher und Juristen in unserem Land alimentieren, die nichts anderes tun, als den Asylbereich so zu bewirtschaften, dass er ihnen auch weiterhin eine sichere Existenzgrundlage bietet. Genauso verhält es sich mit den Schleppern, die sehr hohe Summen verlangen, um ihre Klienten in Länder zu bringen, in welchen sie dann über mehrere Jahre vom System leben können – viele sogar für immer.

Das Schweizer Asylwesen muss weniger attraktiv werden, die Verfahren massiv verkürzt und die Wegweisungen schnell und konsequent durchgeführt werden.

Sobald es sich nicht mehr lohnt, in der Schweiz ohne Asylgründe ein Gesuch einzureichen, werden sowohl die Schlepper wie auch die Asylindustrie ausgetrocknet. Die Schweizer Demokraten (SD) werden auch künftig an vorderster Front gegen den Missbrauch im Asylwesen kämpfen.

Bernhard Hess,  
e. Nationalrat, Bern

**Anstatt zentrale Vollzugseinrichtungen für sämtliche Asylbewerber zu schaffen, verteilt man diese auf die Kantone! Mehr Einbrüche und Diebstähle sind die Folge.**

## Polizeibestände müssen massiv aufgestockt werden

Der Zentralvorstand des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB hat heute, anlässlich seiner ordentlichen Sitzung in Neuenburg, bekräftigt, dass die Polizeibestände massiv aufgestockt werden müssen. «Wir Polizistinnen und Polizisten müssen deutlicher auf die Probleme hinweisen, die unsere Arbeit beeinträchtigen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mindern», sagten die Mitglieder des Zentralvorstandes. Die Polizeiaufgaben haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Mit der Einführung der neuen Strafprozessordnung (StPO) ist vor allem auch der administrative Aufwand der Polizistinnen und Polizisten deutlich gestiegen. Im Gegensatz dazu sind die Polizeibestände nur marginal angepasst worden. «Die Polizistinnen und Polizisten fehlen auf der Strasse, das ist ein sehr bedenklicher Trend und wird der Schweiz langfristig schaden», sagte Jean-Marc Widmer, Präsident des VSPB.



Diese Einschätzung teilten auch die Mitglieder des Zentralvorstandes, die sich gestern und heute anlässlich ihrer ordentlichen Sitzung in Neuenburg versammelten.

### Politik in der Pflicht

Der Zentralvorstand begrüsst auch den Vorstoss der Sicherheitsdirektoren und -politiker der FDP, die sich anlässlich einer Medienkonferenz am 26. Oktober 2012 dafür ausgesprochen hatten, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten unbedingt überdenkt werden müsste. «Wir sind froh um diese Kenntnisnahme und hoffen, dass jetzt auch Taten folgen», betonte Jean-Marc Widmer.

Verband Schweizerischer  
Polizei-Beamter

## Kein Wasserklau für Erdbeeren

Der WWF hat seine Partner Migros und Coop zum Handeln bewegt: Spanische Erdbeerproduzenten dürfen künftig der Natur nicht mehr das Wasser abgraben. Bereits im März sind sie bei uns erhältlich – Erdbeeren aus Südpazien, viele davon aus der wasserarmen Provinz Huelva. Gestützt auf Informationen des WWF machten der «Kassensturz» und das Westschweizer Konsumentenmagazin «A Bon Entendeur» öffentlich, welchen Preis die Umwelt für unseren verfrühten Erdbeergenuß zahlt:



Unnötige Wasserverschwendung:  
Früherdbeeren aus Südpazien.

In den Anbaugebieten existieren rund 1000 illegale Brunnen, die der Region noch mehr Wasser entziehen – so auch dem Nationalpark Coto de Doñana, einem Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung.

Das Reservat wurde in den 60er-Jahren auf Initiative des WWF gegründet und schafft unzähligen Zugvögeln ein Winterquartier. Doch der WWF belässt es nicht dabei, Medien mit Informationen zu versorgen, sondern engagiert sich selber. Sowohl vor Ort in Huelva als auch in der Schweiz bei seinen Partnern Migros und Coop. Diese hat er bereits vor fünf Jahren auf

die Erdbeerproblematik aufmerksam gemacht und sie so zum Handeln bewegen können.

Coop führte bei seinen Produzenten daraufhin Boden- und Wassernutzungskontrollen durch. Dabei richtete sich der Detailhändler nach einem mit dem WWF entwickelten Standard. Seit letztem Herbst werden die Lieferanten gemäss diesem Standard von unabhängigen Stellen zertifiziert. Bis Mitte 2013 dürfen nur noch die Produzenten an Coop liefern, welche das Zertifikat erhalten.

Lisa Stadler, WWF

# Unbeirrt für Volk und Heimat

Derzeit wird viel von Zukunftsprojekten, Entscheidungen, Massnahmen gesprochen und geschrieben, was zu tun und zu lassen wäre. Da die Zukunft besser angegangen werden kann, wenn man die Vergangenheit kennt, gestatten wir uns eine Rückschau.

Deshalb lancierten wir nach und nach 6 sogenannte Überfremdungs-Initiativen, die auch Landschaftsschutz usw. beinhalteten. Sie wurden alle abgelehnt, immer auch von der SVP.



*Dafür lohnt es sich, zu kämpfen! Die Schweizer Demokraten (SD) bleiben am Ball.*

Das Jahr 2011 brachte unserer Partei, den Schweizer Demokraten, das Jubiläum des 50-jährigen Bestehens. Die Rede unseres Zentralpräsidenten zu dieser Feier wurde an die Medien zur Weiterleitung überstellt und hoffentlich von vielen gelesen und gehört. Voraussehende Männer und Frauen haben 1961 unsere Partei gegründet unter dem Namen «Nationale Aktion, für Volk und Heimat». Die immer noch gültige Grundposition wurde festgelegt: Reduktion der Einwanderung, somit auch der verheerenden Überbauung unseres Bodens mit entsprechend fortschreitender Zerstörung des Landschaftsbildes, Verbesserung von Luft und Wasserqualität wurde gefordert. Woraufhin wir in den kommenden Jahren mit Gift und Galle bekämpft wurden, denn der Hochkonjunktur musste alles untergeordnet werden. Nachfolgeschäden hin oder her.

Als die Probleme auffälliger und die Bevölkerung unruhiger wurde, bemerkte dies als erste die SVP, schwenkte ihre Haltung um 180 Grad, übernahm alle unsere Themen und wurde gross damit. Wem ist es da zu verargen, wenn er in eine grosse, gut bestellte Bundesratspartei übertreten will, mit unseren Themen politisieren kann, aber weniger exponiert ist als bei uns und eventuell Aufstiegschancen hat. Und heute? Einwanderung? Verbetonierung und Überbauungen? Guter Ackerboden für Krisenzeiten? Umweltqualität? Die Lage in der Schweiz ist nicht so beruhigend, dass man die Hände in den Schoss legen könnte. Wir Schweizer Demokraten können zwar nicht die Kraft der Grösse und die Macht der Möglichkeiten bieten wie die grossen Parteien. **Wir sind seit jeher die Partei der kleinen Leute, der «Büezer», und des Mittelstandes.**

**Ohne Geldgeber, dafür auch ohne Bindungen an Interessengruppierungen und können deshalb frei und unabhängig politisieren.** Doch noch immer werden wir – wohl aus alter Gewohnheit – als «am rechten Rand» oder als «rechtsextrem», eingestuft.

**Als ob es anrühlich wäre, die Übervölkerung, die Zerstörung der Umwelt und der Landschaften unserer Heimat anzuprangern.**

Aber man darf in der Schweiz wohl

unbescholten bekennender Marxist oder Kommunist sein, aber keinesfalls Schweizer Demokrat. Aus diesem und den oben angeführten Gründen musste eine Schrumpfung unserer Partei in Kauf genommen werden. Trotz allem: Wir sind das Original, die Kämpfer der ersten Stunde. Wer heute Mitglied bei uns ist, beweist Courage, Heimatverbundenheit und Durchhaltewillen, besonders wer aktiv mithilft. Jeder setzt sich weiterhin für unsere Heimat ein.

*Roland Uhler, e. Schul- und Gemeinderat, St.Gallen*

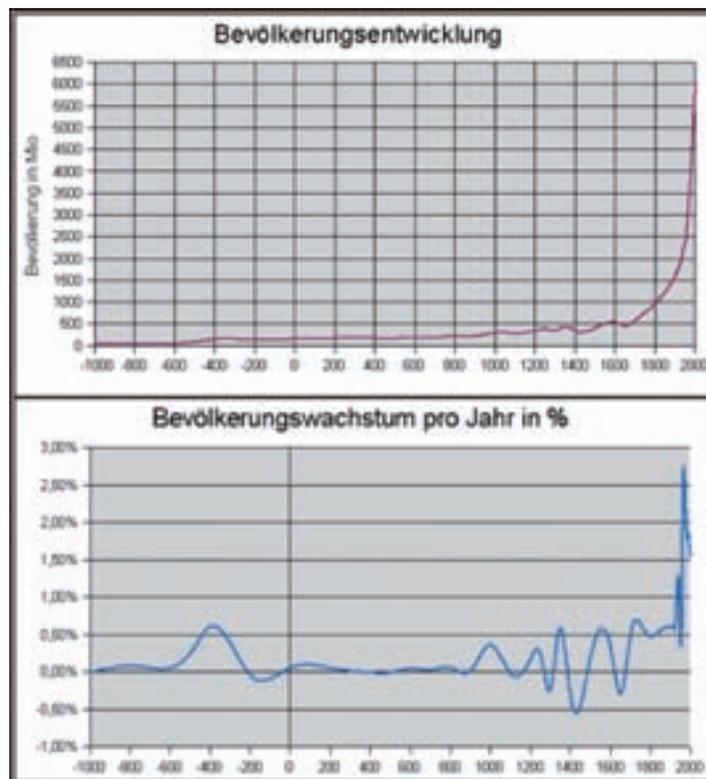
## Kurzer Überblick über das Wachstum der Bevölkerung auf unserer Erde

*Nach Hoimar v. Dittfurth «So lässt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen».*

Ungefähr zur Zeit Christi Geburt lebten etwa 250 Millionen Menschen auf der Erde. Nach mehr als anderthalb Jahrtausenden erfolgte erst die Verdoppelung auf 500 Millionen (1650 nach Ende des Dreissigjährigen Krieges). Die nächste Verdoppelung ergab sich nach nur zwei Jahrhunderten im Jahr 1850. Dann lebten bereits eine Milliarde Menschen auf der Erde. Danach erfolgte eine rasante Wachstumsbeschleunigung – **in nur 80 weiteren Jahren wiederum eine Verdoppelung auf zwei Milliarden Personen. 50 Jahre später, im Jahr 1980, wiederholte sich das Ganze. Die gesamte Bevölkerungszahl betrug vier Milliarden.**

**Wie viel Menschen erträgt ein Lebensraum**

Im Moment zeigt der globale Bevölkerungszähler bereits eine Zahl von über 7 Milliarden Menschen:



Die Landfläche der Schweiz beträgt etwa 0,31 Promille der Landfläche der Erde (Antarktis nicht mitgezählt).

**Es stellt sich die Frage, wie vernünftig in Bezug auf Angebot von Lebensraum und Ressourcen wir in dieser übervölkerten Welt dastehen, mit einem ganzen Promille Anteil an dieser schon viel zu grossen Weltbevölkerung?!**

Wir geben ein schlechtes Beispiel ab und können die Versorgung mit den lebensnotwendigen Ressourcen und Voraussetzungen für unsere zukünftigen Generationen nicht mehr gewährleisten!

*Alexander Steinacher, Thalwil*

**Schützengesellschaften erhalten – Nein zur GLP-Forderung für die Abschaffung des Obligatorischen!**

# Die neue Weltordnung

oder «Die tieferen Ursachen der aktuellen Krisen»! – Teil 2



Valentin  
J. Oehen,  
e. Nationalrat,  
Köniz

Fortsetzung von letzter Ausgabe.

## Die Beurteilung der «Neuen Weltordnung» im Nachschlagewerk Google

Sie wird unter anderem als ein Plan von Verrückten bezeichnet. Eine kleine Elite wolle die Welt beherrschen. Darüber, wer diese Elite genau sei, gehen die Meinungen auseinander.

Genannt werden die superreichen Bankers und Ölmagnaten wie die Rockefellers, Rothschild und andere; auch die Hochgrad-Freimaurer und Illuminaten, die jüdische Hochfinanz der amerikanischen Ostküste und das ganze zionistische Weltjudentum werden genannt. Für die Planung und Koordination der verschiedensten Aktionen (Kriege, Terror, Propaganda usw.) werden das Pentagon und die verschiedensten Geheimdienste wie CIA, Mossad, M16 und Organisationen wie die Bilderberger-Konferenz, der Council on Foreign Relations (CFR) und die Trilaterale Kommission vermutet. Satanische Bruderschaften sollen ebenfalls eine Rolle spielen.

Über den jüngsten Friedensnobelpreisträger, die EU lesen wir:

– Erst Obama – lediglich auf Grund von Wahlkampf Aussagen – und jetzt die EU! Hinter der Verleihung des Friedens-Nobelpreises steckt offensichtlich eine politisch-propagandistische Agenda:



Der Internationale Währungsfonds ist eines von mehreren Instrumenten für die Bewahrung von Hegemonialansprüchen.

- Als ob die EU etwas mit dem Frieden in Europa zu tun hätte (wobei gerade gegenwärtig dieser innere Friede aufs höchste gefährdet ist; nicht zuletzt als Folge der verfehlten Währungspolitik und der ungebremsten Macht der oben schon erwähnten Banker-Elite! resp. der EU-Oligarchen).
- Als ob der Balkan, das ehemalige Jugoslawien nicht auch zu Europa gehörte!
- Als ob es die Schaukelpolitik Englands gegenüber den Kontinental-Mächten nie gegeben hätte, die immer wieder zu Kriegen führte.

### Die treibenden Kräfte

Lord Josiah Charles Stamp, vor dem 2. Weltkrieg Direktor der Bank of England und persönlich enorm reich, erklärte einmal (Zitat):

– *Das moderne Bankwesen produziert Geld aus dem Nichts. Dieser Vorgang ist vielleicht die erstaunlichste Erfindung in der Geschichte der Menschheit. Die Banker besitzen die Erde.*

– *Nimm den Bankern die Erde weg, aber lass ihnen die Macht Geld zu schöpfen, dann werden sie im Handumdrehen wieder genug Geld haben, um sie zurückzukaufen. Wenn man jedoch dieses Recht wegnimmt, dann werden die grossen Vermögen, wie meines – alle verschwinden und sie sollten auch verschwinden, denn das wäre eine glücklichere und bessere Welt.* (Ende Zitat)

Tatsächlich aber haben Privatbanken heute dank ihres Rechts der Geld-Schöpfung so viel Macht, dass sie alle wichtigen Entscheidungen auf dieser Welt treffen, **denn es sind Banken oder besser gesagt einig wenige Männer hinter diesen Banken, die bestimmen, wer einen Kredit erhält und wer nicht.** Das gilt im Kleinen wie im Grossen, für den Einzelhändler wie für ganze Staaten.

Die BIZ – die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (in Basel domiziliert!) wird auch als Zentralbank der Zentralbanken bezeichnet. Sie ist eines der unauffälligsten, aber effektivsten Machtinstrumente der internationalen Hochfinanz. **Sie hat Zugriff auf Gold-**



David Rockefeller (links) – ein Mann an den Schalthebeln der Macht – stets im Hintergrund!

**und Währungsreserven der Mitglieder. Mitglied ist im Übrigen jedes Land, das international Handel treiben möchte – ob es will oder nicht.**

In der Bank waren bei der Gründung 1930 die Zentralbanken Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens und zwei Gruppen von privaten japanischen Banken und aus den USA vertreten. Von den amerikanischen Banken waren es vor allem die Vertreter der Morgan-Banken.

Während des Zweiten Weltkrieges wickelte die BIZ alle notwendigen Devisengeschäfte für das Deutsche Reich ab.

**Da man seine internationalen Geschäfte seit 1971 (Aufhebung der Einlöschungspflicht der Geldguthaben in Gold durch die USA) nur in Dollar abwickeln darf, akzeptiert die BIZ auch zur Verrechnung keine andere Währung. Damit ist klar, wem sie zu dienen hat.**

Der IWF – Internationale Währungsfonds wurde 1944 anlässlich der Konferenz von Bretton Woods gegründet. Er ist wie eine AG aufgebaut, hat aber für verbindliche Beschlüsse eine Mehrheit von 85% der Stimmen notwendig. **Die USA haben sich 15,85% der Stimmenanteile gesichert, die EU hat deren 30%. Damit haben diese beiden Mächte je eine klare Sperrminorität und können jeglichen Beschluss, der ihnen nicht passt, sabotieren. Zudem hat sich die USA ein Veto-Recht ausbedungen.** Der IWF vergibt unter klaren Auflagen befristete Kredite an notleidende Staaten. Diese Auflagen sind zum Beispiel Kürzung der Staatsaus-

gaben (durch Rentenkürzungen); Abbau der Beamtenschaft, Liberalisierung des Bankenwesens; Privatisierung der öffentlichen Besitztümer (insbesondere Infrastruktur-Anlagen).

**Eine gravierende Voraussetzung für einen Kredit vom IWF ist, dass das betreffende Land seine Währung nicht auf Gold abstützen darf!**

**Das gewollte Resultat dieser Bedingungen wurde mit Argentinien voll durchgespielt. Das Land versank im Chaos und endete im Staatsbankrott.** In dieser Situation ist an die Aussage von David Rockefeller zu denken. Wir haben sie eingangs angeführt! Bei allen solchen Erfahrungen ist immer die Frage des **Cui bono** – **Wem nützt es?** zu stellen.

### Was ist zu tun?

Nach all dem Gesagten scheint es nur eine vernünftige Lösung zu geben. Das «Recht der Geldschöpfung» muss den Banken (Notenbanken, Zentralbanken und Geschäftsbanken) weggenommen oder zumindest redimensioniert und jedenfalls der demokratischen Obergewalt unterstellt werden. Gleichzeitig ist allgemein verpflichtend wieder ein in realen Werten verankertes Währungssystem aufzubauen, mit Gold, Silber und evt. Platin als Hauptbestandteile. Dahingehend sind realwertgestützte Lokalwährungen (wie WIR) formell zuzulassen und damit brachliegende lokale Produktionskräfte und -Ressourcen zu mobilisieren.

**Eine ausreichende Golddeckung garantiert eine unabhängige und stabile nationale Volkswirtschaft.**

**Und der unweigerlich zu zyklischen Zusammenbrüchen führende Zinseszins-Wahnsinn ist abzuschaffen. Dies umso mehr als er eine Haupttriebfeder des verheerenden Wachstumszwanges erkannt werden muss.**

– Dabei ist durchaus zuzugeben, dass auch die politischen Behörden Unfug treiben können. In einem echt demokratischen System kann jedoch ihre Wirkungszeit begrenzt werden und sie sind immer wieder abrufbar!

Diese angedeutete Neuordnung wird allerdings nur möglich sein, wenn die Verantwortungsträger durch den Volkswillen geschützt und gestützt werden. Ansonsten kann es ihnen ergehen wie allen, die bisher versuchten die Macht der Banker zu brechen. So wie

- Präsident Abraham Lincoln – er wurde 1865 ermordet;
- Präsident James A. Garfield – er wurde 1881 ermordet;
- Präsident William Mc Kinley – er wurde 1901 ermordet;
- Präsident John F. Kennedy – er wurde 1965 ermordet.

**Wie vom klarsichtigen und unentwegten vereitelten Präsidentschaftskandidaten Ron Paul seit Jahren gefordert: die private amerikanische Notenbank FED muss weg.** Es gilt die schwerstwiegenden Verschwörungen endlich aufzudecken und ihre Drahtzieher zu demaskieren. Dazu gehört jene von Jekyll Island, welche von den Vertretern der Rothschild-, Rockefeller- und Morgan-Clans vor 100 Jahren formuliert wurde. Aber auch jene vom Kennedy-Mord, sowie vom Betrug der ganzen Welt mit den 9/11-Attentaten, womit die Vorherrschaft der obskuren Mächte ganz wesentlich vorangetrieben worden ist.

**Ihr Ziel, die ganze Welt zu besitzen, ist sodann nachhaltig zu ächten. Denn die sogenannte «Neue Weltordnung» bringt nur Unglück über alle Völker dieser Erde. Lüge und Verschwörungen, Manipulation der öffentlichen Meinung, Geringschätzung der natürlichen Bedürfnisse der Menschen wird niemals den Aufbau einer friedlichen Völkergemeinschaft ermöglichen.**

Argument, wir hätten den EU-Markt vor unserer Haustür und hätten uns deshalb anzupassen. Die EU hat aber ihrerseits den schweizerischen Markt vor ihrer Haustür.

**Obwohl wir mehr Waren aus der EU beziehen als umgekehrt, verlangen wir keinerlei Anpassung, weder von der EU, noch von einem anderen Handelspartner.**

Falls der Bundesrat wieder einknickt, was leider zu erwarten ist, kommen umgehend neue Forderungen auf uns zu und zwar solche, die uns nur Nachteile bringen. Wenn wir uns nicht endlich energisch gegen die Anmassungen der EU zur Wehr setzen, werden wir bald einmal zu einem Vasallen von Brüssel!

Otto Weiersmüller,  
Uetikon

## Einwanderung: eine Frage der nackten Existenz und der Armut

von der AHV zum Schneeballsystem



Rentner kommen vermehrt unter Druck – dank der exorbitanten Bevölkerungszunahme.

Obwohl die Schweiz jährlich um 80'000 Personen wächst, verbleiben die Geburten auf rekordtiefem Niveau. Letztes Jahr schrieb die AHV schwarze Zahlen und dies trotz 2,5% mehr Rentnern. Den Überschuss finanziert ein Heer von jährlich 80'000 neuen Einwanderern in einem Alter zwischen 20 und 60 Jahren.

**Diese Einwanderer sind also bereits in 20 Jahren Rentner und die AHV wird ein gewaltiges Problem haben, weil es dann noch viel mehr Einwanderer braucht, für das Loch zu stopfen.**

**So etwas ist nichts anderes als ein Schneeballsystem, das uns die Wirtschafts- und Bankenlobby installiert hat und das wir niemals verkraften können, da es in der Natur von Schneeballsystemen liegt, dass diese kollabieren.**

### Weitere Beispiele

Probleme auch im Wohnungsmarkt. Ohne irgendeinen Mehrwert der Liegenschaften zu schaf-

fen, verteuern sich die Mieten, einzig durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage. **Manche wollen auch Masseneinwanderung, weil sie glauben, kein qualifiziertes Personal zu finden.**

**Es soll mir dann einmal jemand erklären, warum ich auf Arbeitssuche bin und dies trotz abgeschlossenem Ingenieurstudium.**

### Dummheit und Geld regiert

**So speist also jeder, direkt oder indirekt, die ohnehin schon prall gefüllten Geldsäcke der Profiteure, welche immer noch Globalisierung, Masseneinwanderung, Mietwucher oder Hungerlöhne propagieren. Diese sollten wir endlich für die entstandenen Kollateralschäden zur Kasse bitten.** Geld ist die einzige Sprache, die diese Leute verstehen.

Dummheit und Geldgier regiert. Die Dummheit vor den Wahlen, die Geldgier danach.

Markus Zimmermann, Horw

## Unternehmenssteuerdiktat aus Brüssel



Höhere Unternehmenssteuern sollen die Schweizer Wirtschaft zugunsten der führenden EU-Staaten schwächen.

Unser Bankgeheimnis ist praktisch Geschichte. Nach dem leicht erungenen Sieg über unseren Finanzplatz wächst im Ausland der Appetit auf mehr, zumal von unserem Bundesrat in seiner jetzigen Zusammensetzung kaum Widerstand zu erwarten ist. Als logische Folge kommen nun weitere Forderungen – untermauert mit Drohkulissen und Terminvorgaben – auf uns zu. Die EU beispielsweise hat nun unsere Unternehmenssteuern im Visier: Diese seien zu niedrig und verzerren den Wettbewerb, moniert die EU. Aber: **Einerseits ist doch die EU für Wettbewerb und bekämpft Kartelle der Privatwirtschaft mit happi-**

**gen Bussen. Andererseits ist aber die EU selbst ein Kartell, nämlich ein Hochsteuerkartell.** Entsprechende Vorgaben aus Brüssel ermöglichen es den EU-Ländern, ihren Bürgern möglichst viel vom Einkommen wegzusteuern. **Paradoxiere kommen die EU-Beamten jedoch in den Genuss reduzierter Steuersätze.**

### Ungleiche Spiesse

**Die neue Forderung der EU soll den Wegzug der Rohstoffkonzerne aus der Schweiz und damit den Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen bewirken.** Die EU begründet ihre nicht bescheidenen Begehren jeweils mit dem

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininse-  
rat für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrags-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf

[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### DIENSTLEISTUNGEN

**Wir suchen für unsere solventen  
Kunden:**

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

#### GESUCHT

**Gesucht – günstig oder gratis:**

**Fotos, Postkarten, Prospekte**, mit  
Abbildungen von Menschen, Objek-  
ten, Gebäuden, Landschaften usw.  
für den Abdruck im «Schweizer De-  
mokrat» (Bebilderung von Arti-  
keln).

Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in  
Bern. Telefon 031 974 20 10,  
Fax 031 974 20 11  
schweizer-demokraten@  
bluewin.ch**

Kaufe von privat **altes Spielzeug**  
vor 1970: Eisenbahnen, Blechaut-  
otos, Flieger, Schiffe, Elastolinsolda-

ten, Dinky Toys, Teddybären usw.  
Auch alte Ansichtskarten vor 1950,  
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,  
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

#### ZU VERMIETEN

**Seriöse und preiswerte Mietwagen,  
Kleinwagen, Limousine, Kombi,  
Van, Roller**, ab Fr. 300.– im Monat.  
Die Fahrzeuge können auch pro Tag,  
Woche oder Monat gemietet werden;  
für die ganze Schweiz. Region Biel.

Telefon 079 408 69 39

#### ZU VERKAUFEN

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-  
zer Essig** von Waldkirch SG, Region  
Ostschweiz,

Telefon 071 244 72 76 oder  
thomas-fischer@bluewin.ch

**6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»**,  
mit leichter weisslicher Maserung  
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-  
braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je  
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

**Saab 9-5 2.0 Turbo**, Automat, silber  
mét., Klimaanlage, 4 neue Pneus,  
Eintausch und Finanzierung mög-  
lich, ab Service und MFK.  
Fr. 8800.–. Top Zustand. Stadt Bern.  
Telefon 079 304 74 51

**Quarzuhr**, Omega mit Datuman-  
zeige (mit Originallederarmband),  
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-  
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-  
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit  
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–  
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt  
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei  
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

Welcher Sammler sucht **Super-8-  
Filmgeräte, Kameras, Projektoren,  
Betrachter, Schneidegeräte, Kleb-  
pressen, Stative, Schwenkköpfe**  
«Miller», **Leerspulen** verschiedene  
Grössen. Region Luzern.

Telefon 041 280 52 17

#### STELLENSUCHE

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer  
Unternehmer ist noch interessiert  
an einer qualifizierten, tüchtigen  
Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre Er-

**fahrung als Teamleiterin Back-of-  
fice und stv. des GF** mit. Ich habe  
eine schnelle Auffassungsgabe, bin  
vielseitig interessiert und möchte da  
arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch  
gefragt sind. Gerne wieder im Büro-  
bereich (Assistenz / Sachbearbei-  
tung / Teamleitung). Bin auch offen  
für neue Aufgaben. Bevorzugt in  
folgenden Kantonen: AG/BL/BE/  
SO/ZH. Bin mobil.

Telefon 079 640 44 88

E-Mail: puma20@gmx.ch

Suche **Festanstellung** (Bern und  
Umgebung) im kaufm. Bereich, als  
Landschaftsgärtner oder in jedem  
anderen Berufszweig.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: patrickbarisi@bluewin.ch

#### BEKANNTSCHAFTEN

**Berner**, 185/85, 50plus, sucht poli-  
tisch interessierte Schweizerin, 30  
bis 60 Jahre, mit Freude am Reisen,  
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-  
rien. Bär freut sich auf Deinen  
Anruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**Bezirk Baden und Umgebung:**  
**Stamm** im Hotel «Winkel-  
ried», Landstr. 36, Wettingen.  
Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
20 Uhr.

**Fricktal: Stamm** im Rest. «Weisses  
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-  
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



**SD Stadt Bern:**  
**Höck:** Vorstandssitzung, Gä-  
ste sind stets eingeladen! im  
Restaurant «Jäger», Murten-  
strasse 221, Bern-Bethlehem.

Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel  
«Milan» in Ringgenberg. Jeden  
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



**Winterthur und Umgebung:**  
**Höck** im Restaurant «Blume»,  
Wülflingerstrasse 236. Jeden  
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr  
(bei einem Feiertag eine  
Woche später).



**Kantonalsektion St. Gallen:**  
**Stamm** am 28. Februar 2013,  
ab 19.30 Uhr im Restaurant

«Dufour» am östlichen Ende des St.  
Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos  
über Tel. 079 639 06 07, abends.



**Luzern-Innerschweiz:**  
**Höck** im Bistro «Spatz»,  
Obergrundstrasse 103, Lu-  
zern. Jeweils am letzten Don-  
nerstag im Monat ab 20 Uhr  
(ausser im Juli, August und Dezem-  
ber). Es ist immer jemand da! Bus-  
Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis  
Haltestelle Eichhof.

**Adressänderungen**  
melden an SD, Postfach 8116,  
3001 Bern, E-Post: schweizer-  
demokraten@bluewin.ch

**145'000  
Neueinwanderer =  
mehr Spitäler,  
mehr Schulen,  
mehr verstopfte  
Strassen,  
Stehen im Bus und  
Tram, Zubetonierung  
unserer Heimat:  
Übevölkerung total –  
wir Schweizer  
Demokraten kämpfen  
dagegen!**

Weitere Anlässe bitte melden an:  
[info@sd-marktplatz.ch](mailto:info@sd-marktplatz.ch)

 **Kanton Aargau** 

## Für eine Bürgerwehr in Reinach!

**Bürgerkomitee lanciert Petition an den Gemeinderat**

Das weit verbreitete Klischee «Einbrecher machen keine Ferien» oder «Urlaubszeit ist Einbrecherzeit» entspricht der Realität!

**Beinahe täglich werden im Kanton Aargau Einbrüche oder Einbruchversuche durch die Sicherheitsorgane gemeldet.**



*Diebstähle und Einbrüche nehmen zu. Zivile Bürgerwehren schaffen Sicherheit!*

Einbrüche in die eigenen vier Wände haben in den vergangenen Jahren – sehr oft verübt durch Kriminaltouristen – ein erschreckend hohes Ausmass angenommen. Auch sogenannte Asylbewerber haben sich mittlerweile auf Einbrüche spezialisiert; ausserdem haben Trick- und Taschendiebe Hochkonjunktur. Unserer Kuscheljustiz sei Dank, **denn verhaftete Straftäter werden binnen kurzer Zeit wieder**

**auf freien Fuss gesetzt und können erneut Straftaten begehen.** Diese Straftäter haben ja nichts zu befürchten, geschweige denn zu verlieren. Bei der Bevölkerung sollten eigentlich schon längst die Alarmglocken läuten! Einbrüche beeinträchtigen nicht nur die Privatsphäre, vielmehr geht das von

allen Seiten geforderte persönliche Sicherheitsgefühl verloren. **Die zunehmende Kriminalität – beinahe rund um die Uhr – ist für die Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Die Gewaltbereitschaft und Brutalität der Täter hat zugenommen.** Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft nicht ändern, wenn man einfach wegschaut.

**Es ist nicht akzeptabel, wenn sich Mitbürgerinnen und Mitbürger – vor allem abends – nicht mehr alleine auf die Strasse trauen.**

gane zur Bekämpfung der massiv zunehmenden Kriminalität nicht an jedem Ort gleichzeitig sein können und offensichtlich über zu wenig personelle Ressourcen verfügen, ist der Einsatz von zivilen und unbewaffneten Ordnungs- und Sicherheitshütern eine von der Bevölkerung geschätzte und schon längst überfällige Option.

**Sogenannte zivile und unbewaffnete Bürgerwehren sind erschwinglich und haben zudem eine abschreckende Wirkung.**

**Das Polizeigesetz räumt den Gemeinden die Möglichkeit ein – zur Gewährleistung der lokalen Sicherheit – private Sicherheitsdienste beizuziehen, soweit es sich nicht um die Erfüllung hoheitlicher polizeilicher Aufgaben handelt.** Das heisst nichts anderes, als dass der Einsatz von Bürgerwehren – sprich zivile und unbewaffnete Ordnungs- und Sicherheitshüter – in den Gemeinden zur Unterstützung der Kantonspolizei und Regionalpolizeien unproblematisch ist.

*Im Namen des Bürgerkomitees  
«Bürgerwehr jetzt!»:  
René Kunz, Reinach*

## Petition an den Gemeinderat Reinach

### „Aufstellung einer zivilen und unbewaffneten Bürgerwehr“

Das weitverbreitete Klischee „Einbrecher machen keine Ferien“ oder „Urlaubszeit ist Einbrecherzeit“ entspricht auch der Realität. Einbrüche in die eigenen vier Wände haben in den vergangenen Jahren – sehr oft verübt durch Asylanter und Kriminaltouristen – ein erschreckend hohes Ausmass angenommen. Einbrüche beeinträchtigen nicht nur die Privatsphäre (biswolen langjähriges traumatisches Ereignis), vielmehr geht das geforderte persönliche Sicherheitsgefühl verloren.

Die zunehmende Kriminalität – mit einer 24-Stunden-Bedrohung – ist für die Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Die Gewaltbereitschaft und Brutalität der Täter hat massiv zugenommen und diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft nicht ändern, wenn man von offizieller Seite offensichtlich nur wegschaut.

Da Angehörige der Polizeiorgane zur Bekämpfung der stark zunehmenden Kriminalität nicht an jedem Ort im Kanton Aargau gleichzeitig sein können und das Polizeikorps über zu wenig personelle Kräfte verfügt, ist der Einsatz von zivilen und unbewaffneten Ordnungs- und Sicherheitshütern eine von der Bevölkerung geschätzte Alternative.

Die Bevölkerung hat Anspruch auf eine umfassende Sicherheit, sei es durch einen verstärkten Einsatz der Polizeiorgane rund um die Uhr oder durch den Einsatz von zivilen und unbewaffneten Ordnungs- und Sicherheitshütern – sprich **Bürgerwehren**. Bürgerwehren haben eine präventive Wirkung!

### Auch der Gemeinderat Reinach hat einen Sicherheitsauftrag!

**Hinschauen und handeln, statt wegschauen!**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Petition verlangen vom Gemeinderat Reinach die Aufstellung einer zivilen und unbewaffneten Bürgerwehr, oder diesbezüglich Bericht zu erstatten. Oder soll die Bevölkerung das Zepter in dieser Angelegenheit gleich selbst in die Hand nehmen?

Diese Petition kann jede Person unterzeichnen, gleich welchem Alters oder Nationalität.

Nr.	Name	Vorname	Strasse/Nr.	PLZ/Ort
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				

Den teilweise oder vollständig ausgefüllten Unterschriftenbogen wollen Sie bitte so rasch wie möglich an die untenstehende Adresse einsenden.

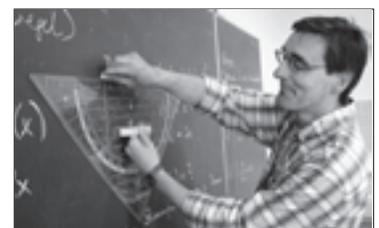
Bürgerkomitee „Bürgerwehr jetzt!“, c/o René Kunz, Breitestrasse 14, 5734 Reinach  
(weitere Unterschriftenbogen können unter Tel.-Nummer 079 330 70 71 bestellt werden)

 **Kanton Bern** 

## Motion gegen die Feminisierung unserer Schulen

**Einführung einer Zielquote von 50% männlicher Lehrkräfte**

**Der Gemeinderat wird aufgefordert, an den Berner Schulen eine 50%-Quote (mit einer Flexibilitätsspanne von +/- 10%) für männliche und weibliche Lehrkräfte einzuführen.** Es ist dafür zu sorgen, dass möglichst in jedem Schulkreis mindestens 40% männliche und weibliche Lehrkräfte angestellt sind, mit dem Zielwert 50%.



lerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche brauchen für Ihre Entwicklung weibliche und männliche Rollenvorbilder.

### Begründung:

**An den Berner Schulen unterrichten ca. 70% Lehrerinnen und nur ca. 30% Lehrer. Die Tendenz dieser Feminisierung der Schulen ist steigend und ist erziehungspsychologisch problematisch.** Auch wenn eine Quotenregelung nicht überall der Weisheit letzter Schluss ist – hier ist sie nötig, weniger wegen der allgemeinen Chancengleichheit der Geschlechter, sondern im Interesse der Schü-

**Auch würde die Disziplin durch mehr Lehrer verbessert – gerade Schüler aus andern Kulturkreisen akzeptieren oftmals Lehrerinnen zu wenig als Respektspersonen.**

Im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler ist hier eine Quotenregelung angebracht.

*Robert Meyer, e. Stadtrat,  
Präsident SD Stadt Bern*

**Stärken wir die Aktionsrechte – Ja zur «Abzockerinitiative»!**



## Kanton Zürich



## Der dritte Weg

Politiker und Medien gaukeln dem Volk vor, dass sich alle politischen Haltungen auf einer Skala von «links» bis «rechts» einordnen lassen. Sämtliche Meinungen zu bestimmten Sachfragen werden in dieses Schema gezwängt. Doch dieses stammt aus der Zeit der Französischen Revolution, bildet nur die Gegensätze zwischen sozialen Schichten ab und ist deshalb überholt. Wer es beispielsweise wagt, Kritik an der ungebremsten Masseneinwanderung zu üben, wird sofort in die rechte oder gar «rechtsextreme» Ecke gestellt. Das ist

## reine Manipulation!

Es gibt auch aus «linker» Sicht gute Gründe, etwa die EU-Personenfreizügigkeit abzulehnen. **Sie ermöglicht es den Unternehmern, nach Belieben Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen und so die Löhne tief zu halten und selbst mehr Profit einzusacken.** Bei

Wahlen profitieren vor allem die grossen «Polparteien» vom veralteten Links-Rechts-Denken. Betrachtet man aber deren Politik aus der Sicht eines Durchschnittsbürgers, also eines normal verdienenden Arbeitnehmers und Mieters, so sieht sich dieser vor eine eigentliche

## Wahl zwischen Pest und Cholera

gestellt. Ein Entscheid für «links» fördert eine Politik, die zwar sozial ist, unseren Schweizer Sozialstaat aber zum Selbstbedienungsladen für die ganze Welt machen will.

**Die sogenannten «linken» Parteien frönen einem weltfremden Gutmenschen und wollen die Schweiz für alle öffnen, denen es irgendwo auf der Welt schlecht geht.**

Leider sind dies heutzutage Milliarden von Menschen. Wenn nur ein winziger Teil davon in die

Schweiz käme, würde diese schon bald aus allen Nähten platzen und ihre Identität noch vollends verlieren. «Linke» Politiker reden zwar viel vom Umweltschutz. **Sie wollen aber nicht einsehen, dass zunehmende Bevölkerungsdichte zwangsläufig auch mehr Schäden an Natur und Landschaft bedeutet.** Dass immer mehr Menschen unter einem ständigen Gefühl von Enge leiden, kümmert sie nicht.

**Auch hängen die «linken Parteien» noch immer dem naiven Glauben nach, die EU sei ein Friedens- und Menschenrechtsprojekt. Dabei ist sie doch ganz offensichtlich ein neoliberales Konstrukt, das nur den Interessen des internationalen Grosskapitals dient.**

Wählt man stattdessen «rechts», so gerät man flugs

## vom Regen in die Traufe!

Dies ist zwar eine Stimme für die Freiheit und Eigenständigkeit der Schweiz, aber leider auch für eine

Politik, die nur als **konsequent arbeitnehmer- und mieterfeindlich bezeichnet werden kann.** Unter dem Deckmantel des Patriotismus werden knallhart die Interessen der «oberen Zehntausend» durchgesetzt. Diese erhalten Steuergeschenke und das breite Volk Sozialabbau wie z. B. ein Rentenalter 67. Zum Glück gibt es eine

## Alternative zu «links» und «rechts»

Nationales Denken einerseits und soziale Verantwortung und Umweltbewusstsein andererseits «beissen» sich nicht, sondern passen im Gegenteil bestens zusammen. Darum kommen überall in Europa Parteien auf, die diesen dritten Weg gehen wollen. In unserem Land nehmen die Schweizer Demokraten (SD) diese Position ein.

**Wer patriotisch, sozial und ökologisch denkt, erspart sich die Scheinwahl zwischen «links» und «rechts» und wird Schweizer Demokrat(in).**

SD Stadt Zürich

## Das Millionenloch in Winterthur

## Agenda

Am 8. Oktober 2012 hatten Parlamentsmitglieder die Gelegenheit, die Grossbaustelle beim Bahnhof zu besichtigen. Frau Pearl Pedernana, Bauvorsteherin, begrüßte einleitend, und unter kundiger Leitung wurden wir von Verantwortlichen des Tiefbauamtes der Stadt Winterthur geführt und informiert.

## Ausgangslage

Da der Busbahnhof das Kernstück von Masterplan Stadtraum Bahnhof ist, **mussten die Buslinien von Stadtbus in einer Nacht generalstabsmässig umgebaut werden.** Es mussten Oberleitungen mit allen dazu benötigten Apparaturen der Stromzuführung umgelegt werden. Dass alles problemlos klappte, war sicherlich der gut vorbereiteten Planung zu verdanken.

## Projekt imposantes Bauwerk

**Das Projekt Masterplan Stadtraum Bahnhof beinhaltet ein grosses Pilzdach über dem Busbahnhof, welches jedoch sehr umstritten ist. Kostenpunkt des gesamten Projektes, ohne Werkleitungen, rund 84 Millionen Franken.**

Die Fundamente dieses Pilzes benötigen fünf baumstamm dicke Betonsäulen mit unterarmdickem Armierungsstahl, und diese Pfosten reichen 25 Meter tief in den Untergrund. Bevor mit den Grabarbeiten begonnen werden konnte, mussten die Säulen in aufwändigem Verfahren erstellt werden.



## Imposante Untergrundarbeiten

Vom Projektleiter des Tiefbauamtes wurden die baulichen Arbeiten im Untergrund ausführlich erklärt. **So entsteht ein Entlastungskanal zum Regenbecken bei der Schützenwiese.** Dies erfordert zwei Rohre mit rund zwei Metern Durchmesser. Mit einer Mico-Tunnelbohrmaschine wird das Loch gefräst und das vorfabrizierte Rohr eingepresst. Die Bohrmaschine bohrt sich vom Neuwiesenzentrum her unter den Bahngleisen und dem Coop-City bis zur Baugrube

Bahnhofplatz durch. Das erste Rohr war bereits eingepresst. Auch vom Neumarkt her wird ein solcher Stollen erstellt. Zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Mico-Tunnelbohrmaschine blockiert, da ein Kanal eingestürzt war. Die Folge davon, die Maschine musste ausgegraben werden. Ebenfalls vereinigen sich hier in sieben Metern Tiefe die Abwasserkanäle von der Altstadt her in einem speziellen Vereinigungsbauwerk.

## Nicht an die grosse Glocke gehängt

Ich fragte nach, ob diese Arbeiten in den Kosten vom Masterplan Stadtraum Bahnhof enthalten seien, was verneint wurde.

**Diese Kosten für die Kanalisationsarbeiten belaufen sich nochmals auf rund 32 Millionen Franken, welche vom Stadtrat zweckgebunden erklärt wurden. Weder das Parlament noch der einfache Bürger hatten also zu diesem Erweiterungsprojekt etwas zu sagen.**

Die Bauvorsteherin gab mir jedoch zu verstehen, dass dies in der Baukommission besprochen wurde. Die Finanzierung für diese 32 Millionen erfolgt durch die Abwassergebühren.

**Die Erhöhung der Abwassergebühren um 20 Prozent wurde bereits am 22. September 2012 in den Medien verkündet. Die Mehrkosten für das Abwasser belasten eine vierköpfige Familie mit etwa 100 Franken zusätzlich im Jahr.**

## Wachstum auslösende Investitionen

«Es leckt dies keine Geiss weg», wenn gebaut wird, fallen Infrastrukturkosten an, welche in die Millionen gehen. Bezahlen können dies alle Einwohner einer Gemeinde, sei dies durch Steuern oder durch Gebühren. Die hochgelobten zugewanderten guten Steuerzahler können diese Investitionen nur in geringem Masse abfedern, **meist weisen diese in den Steuererklärungen Hypothekarschulden, ihre Villa oder mondäne Eigentumswohnungen aus, was die Steuereinnahmen letzten Endes schmälert.** Diese Feststellung konnte auch in Winterthur anlässlich der Budgetdebatte zur Kenntnis genommen werden. Der Aufwand des Gemeinwesens drifft immer mehr gegenüber den Einnahmen ab.

Marcel Stutz,  
Gemeinderat, Winterthur

# Salafismus: Die neue Islamisierungsform

Herr Pfarrer H.J. Stückelberger hat telefonisch den Nachdruck aus der Zeitschrift «Zukunft CH», 4/2012 am 2. Juli 2012, in dankenswerter Weise bewilligt.

**Der Salafismus ist weltweit die dynamischste islamische Bewegung. Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Schweiz nun auch mit der radikal-islamischen Gruppe der Salafisten, denn die kostenlose Verteilung des Korans im Rahmen des Projektes «Lies» erregte eine mediale Aufmerksamkeit für eine hartnäckige Islamisierungsarbeit. Ist der Salafismus in der Schweiz angekommen? Ist er die neue Islamisierungsform der Schweiz?**

Der Begriff Salafismus ist vom arabischen Wort «Salafiyya» abgeleitet. Die Silbe «Salaf» bedeutet Vorgänger der ersten drei Generationen der Muslime, welche die Sahaba (Gefährten des Propheten Mohammed), Tabi'un (Generation nach der Sahaba) und die Tabi'Al-Tabi'un (Generation nach dem Tabi'un) waren. Mohammed sagte: «Die beste Menschheit ist meine Generation, dann die, die danach kommen, dann die, die danach kommen wird...» Die Endung «iyya» entspricht unter anderem dem deutschen «heit». Man kann den Begriff als «Orientierung an den frommen Alvorderen» übersetzen. **Damit ist gemeint, dass der Islam so verstanden werden muss, wie die recht-schaffenen muslimischen Vorfahren ihn damals verstanden hatten.**

**Gute Muslime (Salafisten) befragen konsequent nur den Koran und die Sunna (die zweite Quelle des islamischen Rechts: Alles was Mohammed gesagt, getan oder stillschweigend geduldet hat.) und akzeptieren mit voller Überzeugung die Lösungen, die auf ihren Anweisungen beruhen. Sie behaupten, sie wären die einzigen, welche auf dem recht-schaffenen Weg seien.**

Grundlage dafür ist die Überlieferung: «Die Juden spalten sich in 71 Sekten, die Christen spalten sich in 72 Sekten, meine Umma (Gemeinschaft/Nation) wird sich in 73 Sekten spalten, von denen alle in der Hölle sein werden, ausser eine.» Es wird gefragt: «Wer sind sie, O Gesandter Allahs?» Er antwortet, «**die, die den gleichen Weg befolgen, auf dem ich und meine Gefährten heute beruhen.**» Und er sagt: «Eine Gruppe meiner Umma wird immer der Wahrheit folgen und siegreich sein, und

sie werden durch die, die sie im Stich lassen oder sich ihnen entgegensetzen, nicht zu Schaden kommen, bis der Befehl Allahs ergeht und sie wie diese sind...» Der Salafismus begann einmal als reformistische Strömung des Islam und hat seine Wurzeln im saudi-arabischen Wahabismus, welcher auf den Gelehrten Muhammad Ibn Abdalwahhab (1703–1792) zurückgeht. Dieser ging im 18. Jahrhundert ein Bündnis mit dem Stammesführer der Arabischen Halbinsel, Muhammad Ibn Saud, ein. Dieses Bündnis regiert heute noch Saudi-Arabien. Die von ihm geschriebenen Bücher gelten bis heute als Grundlage für das Fach «Aqida» im Studium der Islamwissenschaften. («Aqida» bezieht sich auf jene Angelegenheiten, an die man in Herz und Gemüt mit Gewissheit und Überzeugung glaubt.) Er vertritt die Forderung nach Koran und Sunna als den alleinigen Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung sowie der Reinigung des Islams von späteren «Neuerungen».

## Salafismus: eine Bedrohung für die Schweiz?

**Salafisten vertreten einen rückwärtsgewandten und gewaltbereiten Islam und streben einen Gottesstaat an.**

**Sie lehnen westliche Demokratien ab und sehen eine «islamische Ordnung» mit islamischer Rechtsprechung (Scharia) als einzig legitime Staats- und Gesellschaftsform an.**

Im Koran steht: «Wer nicht nach dem waltet, was Allah (als Offenbarung) herabgesandt hat, das sind die Ungläubigen» (Sure 5,44). Zu diesem Vers schrieb Abdul Rahman Bin Hammad Al-Omar, Professor für Theologie in der saudi-arabischen Universität in Riyadh: «Die Rechtsprechung und Gesetzgebung sind Allahs Vorrechte. Dies ist ein wichtiger Bestandteil des Monotheismus. Niemand besitzt das Recht, ein Gesetz in Kraft zu setzen, das den Gesetzen Allahs widerspricht. Ein Muslim soll weder anhand von Gesetzen regieren oder richten, die sich von Allahs Gesetzen unterscheiden, noch sollte er seine Zustimmung zu einem Gerichtsurteil oder einer Regierung geben, die auf Gesetzen aufgebaut ist, die denen von Allah widersprechen. Gemäss dem Islam besitzt niemand das Recht zu verbieten, was Allah erlaubt hat, noch darf man für erlaubt erklären, was Allah verboten



*Koranverteilungsaktionen von Salafisten in Deutschland.*

hat. Wer eine solche Tat absichtlich tut, ist ein Ungläubiger.» (*Die Sklavenehaltung wäre demnach nicht nur erlaubt, sondern gar geboten: Suren 2:177, 16:71, 30:28*)

**Der deutsche Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hält die muslimische Glaubensbewegung der Salafisten in einem Interview mit dem «Bild am Sonntag» für eine Keimzelle des islamischen Terrors in Deutschland.**

«Die Salafisten liefern die ideologische Basis für viele, die dann gewalttätig werden. Es gilt der Satz: **Nicht jeder Salafist ist ein Terrorist, aber fast jeder islamische Terrorist hat einen irgendwie gearteten salafistischen Bezug.**» Salafisten gelten unter Experten als besonders radikale islamistische Strömung und stehen im Fokus des Verfassungsschutzes.

## Wie arbeiten Salafisten?

Pierre Vogel ist ein ehemaliger Boxer aus dem deutschen Rheinland. 2001 ist er zum Islam übergetreten. In einem in Disentis am 28. März 2010 gedrehten Video mit dem Titel «Video Dawa in den Alpen» schaut er auf mehrere Häuser in seiner Umgebung und sagt: «Wir müssen gucken, dass wir in jedes Haus hier den Islam hineintreten.» Dann fügt er voller Überzeugung hinzu: «In der Zukunft werden wir das schaffen.» Das waren 18 Monate nach der Gründung des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS), welcher laut einer Position der FDP im April 2010 als «Arm des deutschen Predigers Pierre Vogel» gilt. Mit Ibrahim Abou-Nagie, Initiator der Koranverteilaktion im deutschsprachigen Raum, **will Vogel mit anderen Organisationen den deutschsprachigen Raum erobern.**

**Schon seit längerem verbreiten sogenannte «Islam-Infostände»**

**europaweit Schriften, in denen für die salafistische Ideologie geworben wird. Als Unterstützung reisen Islamisten aus Deutschland regelmässig in die Schweiz ein.**

Die verteilte Literatur in der Schweiz ist dieselbe wie in Deutschland und Österreich. Die Finanzierung der Korane und der islamischen Literatur erfolgt von Organisationen aus Saudi-Arabien, Qatar und Ägypten wie «World Organization For Presenting Islam», «Islamic-invitation» und «Aweidah Building King Abdul Aziz Road». Im deutschsprachigen Raum wird das ganze Netzwerk der weltweit verstreuten deutschsprachigen Salafisten (DWH) koordiniert. **Gemäss niedersächsischem Verfassungsschutz seien in der Vergangenheit Geldströme von der Arabischen Halbinsel an das salafistische Netzwerk in Deutschland geflossen.**

**Auch der IZRS bestätigte im Jahre 2010, dass er von Saudi-Arabien unterstützt wird. Dazu werden in den arabischen Medien die Salafisten in Europa als Verfolgte dargestellt. So gewinnen sie mehr Sympathisanten und Spender.**

Um ihre Propaganda zu verbreiten, arbeiten sie professionell und sind technisch auf dem neuesten Stand. Das Internet, wo sie sich immer wieder als Vertreter aller Muslime präsentieren, bietet ihnen die adäquate Plattform dafür.

**Der IZRS plant auch einen islamischen Internetfernsehsender, um seine Ideologie in der Schweiz zu verbreiten.**

## Welche Schweiz wollen wir?

**Rund 36'481 Muslime mit Schweizer Staatsbürgerschaft leben in der Schweiz. Davon ist etwa die Hälfte in der Schweiz geboren. Bei ihnen handelt es sich um Kinder muslimischer Schweizer, aber auch um Konvertierte. Der Salafismus bietet besonders Orientierung für Jugendliche ohne Zukunftsperspektiven, Identität und Anerkennung und stellt sich als ein moralisch hochstehendes System dar, das auch die Probleme des alltäglichen Lebens lösen kann, wenn man sich an die Vorschriften hält. Er bietet gerade auch für sich nicht zugehörig fühlende Ausländer ein vereinfachtes Weltbild an, ohne dass sich diese mit komplexen Interpretationen auseinandersetzen müssen. Salafismus**

Fortsetzung Seite 12

**Nein zu islamischen Parallel-Infrastrukturen! Nur eine kontrollierte restriktive Integration schafft Abhilfe!**

# Es lohnt sich zur Kenntnis zu nehmen, dass...

...die Finanzkrise nicht ein gottgewollter Schicksalsschlag ist; seit Generationen spielt die Hochfinanz immer wieder das Spiel nach dem gleichen Muster.

**Staatsoberhäuptern, Bevölkerungsgruppen, ganzen Nationen werden günstige Kredite geradezu aufgedrängt – verbunden mit den entsprechenden Indoktrinationen für deren Ver(Ge)brauch.**

Es werden Kriege – auf beiden Seiten – finanziert; Blasen werden organisiert und dann – werden die Kredite verteuert, gekürzt, gekündigt, gesperrt. **Die daraus resultierende Finanzkrise ist dann die Zeit der «Ernte» für die vorher so grosszügigen Kreditgeber, die machtgierigen Grossbanken der Provenienz Rothschild, Rockefeller und ihren Abkömmlingen.**

– Schon 1849 erklärte Mayer Amshel Rothschilds Frau Gutle noch auf dem Totenbett (Zitat): **«Wenn meine Söhne Kriege nicht wollten, würde es keine geben!»**

– und Paul Volcker – von 1979 bis 1987 Vorsitzender der FED –, antwortete auf die Frage nach der Verantwortung der aktuellen Finanzkrise (Zitat): **«Ich bin ein Mitglied der Federal Reserve, welche die heimtückischste (Ursache) ist.»**

– und der langjährige Chef der FED Alan Greenspan meinte (Zitat): **«Die Feindschaft gegen den Goldstandard in jeglicher Form durch eine wachsende Zahl von Wohlfahrtsstaat-Befürwortern wird durch die Einsicht begründet, dass der Goldstandard unvereinbar ist mit den chronischen Haushaltsdefiziten. – Und ohne Goldstandard gibt es keine Möglichkeit,**

**Ersparnisse vor der Enteignung durch Inflation zu schützen. Es gibt dann kein sicheres Wertebewahrungsmittel mehr. – Die Finanzpolitik des Wohlfahrtsstaates erfordert es, dass es für Vermögensbesitzer keine Möglichkeit gibt, sich zu schützen. Das ist das schäbige Geheimnis, das hinter der Verteufelung des Goldes durch die Verfechter des Wohlfahrtsstaates steht.»** (Ende Zitat)

**Prof. Dr. Alfred de Zayas**, Experte der UNO führte noch am 1. Oktober 2012 in Genf am 4. Sozialforum unter anderem aus (Zitat): **«Die Welt ist im Griff einer ersten Finanzkrise, die in vielen Ländern zu Arbeitslosigkeit und Depressionen geführt hat. Dabei ist das Konzept des Sparens intellektuell verlogen, weil letztlich die Prioritäten falsch gesetzt sind. Tatsache ist, dass eine Menge Geld da ist, um Schurkenbanken und Kasino-Finanzmärkte zu retten, eine Menge Geld für den militärisch-industriellen Komplex, eine Menge Geld, um Krieg zu führen. Die gegenwärtige Verwendung des Wortes «Sparsamkeit» ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Ablenkungsmanöver, das die Öffentlichkeit irreführen und etwas rechtfertigen soll, was nicht zu rechtfertigen ist. In einer Welt, in der extreme Armut überwiegt, ist es ein ethisches Gebot die extravaganten Saläre und unverdienten Boni einzustellen.»** (Ende Zitat)

Der im September verstorbene Divisionär **Hans Bachofner** wies kurz vor seinem Tode noch auf wesentliche Zusammenhänge hin. **Obama behauptet leichthin, Krieg sei immer, woraus er für sich das «Recht» ablei-**

Zeit, dass der Islam und besonders der Salafismus als allumfassendes Herrschafts- und Ordnungssystem verstanden werden. Wir brauchen dringend ein Frühwarnsystem. Eine Strategie gegen eine zunehmende Radikalisierung Jugendlicher ist hier gefragt. **Der Staat muss dafür sorgen, dass in der Öffentlichkeit und in Schulen und Jugendeinrichtungen gegen den Salafismus immunisiert wird.**

**Auch Lehrer, Sporttrainer und Imame sollen weitergebildet werden, damit sie so früh wie möglich radikale Ansichten bei Jugendlichen erkennen und zeitig und prophylaktisch Gegensteuer geben können.**

## Salafismus...

Fortsetzung von Seite 11

**lehnt Integration von Muslimen ab.** Abou-Nagie sagt in einer Videobotschaft an die jungen Muslime: «Sie haben Pläne geschmiedet, um euch hier zu integrieren, aus euch Kuffar (Ungläubige) zu machen.» Das Phänomen wird zu wenig ernst genommen. Die Schweizer Muslime fordern, dass der Islam den christlichen Landeskirchen gleichgestellt wird.

**In einer Zeit, in der das praktizierte Christentum als Teil unserer Geschichte, Tradition und Identität abnimmt, tritt der Islam immer lautstarker und intolleranter in dieses Vakuum.**

Eine gefährliche Entwicklung. Es ist



**Der Goldstandard ist die «letzte» Sicherheit gegen die Macht der Globalisten.**

...selbst gegen bis anhin befreundete Staaten plötzlich «Kriegsmassnahmen» – allenfalls auch bloss wirtschaftlicher Natur – zu ergreifen. Ziel sei es, den Gegner zu lähmen, bevor er zuschlagen kann. **Um dies zu erreichen, werden alle Operationen von konzentriertem politischen Informations-Krieg begleitet.** Höchst bedauerlich, dass der schweizerische Bundesrat offenbar nicht einmal die offiziellen Verlautbarungen unserer «Freunde» zu lesen scheint!

**...in Syrien wirklich ein Krieg der USA/Israel/Nato gegen den Iran/Russland/China tobt.** Die fast täglich wiederholten Meldungen über das Flüchtlingselend der syrischen Zivilbevölkerung – an dem selbstverständlich die syrische Regierung respektive ihre Armee schuld trägt, ist reine Augenwischerei, um nicht zu sagen übelste Kriegspropaganda und damit Verleumdung der legalen Streitkräfte und der Regierung.

– so hat der israelische Geheimdienst Mossad 773 Mio. Euro via Saudi-Arabien erhalten, um iranische Nuklearwissenschaftler umzubringen;

– so ist jetzt bekannt geworden, dass die von Syrien auf das Staatsgebiet der Türkei abgefeuerten Granaten NATO-Munition waren (Bezeichnung 120 AE HE-TNT, stammten aus der Türkei, geliefert an die Aufständischen);

– so ist jetzt bekannt, dass Syrien zahlreiche britische Soldaten auf der Seite der «Rebellen» gefangen genommen hat;

– so weiss man jetzt, dass auf syrischem Staatsgebiet mehrere türkische Soldaten auf der Seite der Aufständischen getötet wurden;

– so ist heute bewiesen, dass Frankreich den Rebellen schwere Artillerie, die arabischen Golfstaaten alle Arten von Waffen, Ausrüstung und reichlich Geldmittel liefern.

**Es ist offensichtlich: Der Westen begehrt wieder einmal staatlichen**

**Terror gegen eine ihm nicht genehme Regierung.**

**...die Rezession in Europa keineswegs vorbei ist.** Der EU-Kommissar Olli Rehn verkündete in Brüssel am 7. November 2012, dass Frankreich, Griechenland und Spanien **die ganze EU – inklusive Deutschland – in Mitleidenschaft ziehen werde.**

**In Griechenland verschlechtere sich die Lage dramatisch und Spanien komme nicht aus den markanten Defiziten des Staatshaushaltes heraus.**

Die Entwicklungen in Frankreich sind dank der Politik von Präsident **Hollande** völlig ungewiss.

**...die USA vor einer Zerreihsprobe steht!** Wie Obama den «fiscal cliff» umschiffen kann, ist beim Schreiben dieser Zeilen noch völlig offen.

**Tatsachen sind das 16-Billionen-Staatsschulden-Desaster und das Rechnungsdefizit des laufenden Haushaltsjahres von rund 1000 Milliarden Dollar.**

– Sicher ist, dass eine Horde von Führungsleuten fluchtartig wie «Ratten das sinkende Schiff» die Führungsplattform verlassen. Der drohende erweiterte Krieg gegen den Iran, den die Israeli in ihrer blinden Eroberungswut auslösen könnten, trifft sich mit den Wünschen des militärisch-industriellen Komplexes der USA. Dieses Land und mit ihm die ganze westliche Welt hat alles nötiger als einen dritten Weltkrieg. Dieser würde zu einem ungeheuren Verschleiss an materiellen Werten und unendlich viel Leid und Not führen. **– Uns bleibt wohl nichts anderes übrig, als um den Weltfrieden zu beten!**

**...dass auch unsere Schweiz vor Erschütterungen nicht verschont bleiben wird.** Allein im Oktober wurde landesweit der Abbau von 3'500 Stellen bekannt gegeben. Die aktuelle Arbeitslosenquote beträgt 2,9% – **das ist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von mehr als 10'000 Arbeitslosen.** Zugenommen hat die Arbeitslosigkeit vor allem in der Westschweiz und unter den Ausländern.

**Der Kanton Jura meldet 3,2%, Genf 5% und das Tessin 4,4% Arbeitslose. Aber selbstverständlich ist dies alles kein Grund um die freie Einwanderung aus dem EU-Raum unter Kontrolle zu nehmen!**

Mounir Hikmat

Tino Giacomo



## L'amour des vaincus

«La joie que nous éprouvons à voir souffrir notre ennemi n'est pas une joie pure car il s'y mêle toujours une secrète tristesse.»

(Spinoza)

Lors de mon passage au Parti du Travail et à l'évocation de la citation du philosophe hollandais, je me souviens de l'exclamation péremptoire d'une camarade d'origine chinoise: «En tout cas pas chez moi!»

Les communistes ont toujours éprouvé une aversion implacable à l'égard de leurs ennemis. Par contre, pour les avoir côtoyés quelques années, j'ai apprécié l'esprit de réelle camaraderie qui les animait doublé d'une incontestable générosité pour leur engagement sans équivalent nulle part ailleurs. Même pas au sein de nos chères organisations et suis bien placé pour le savoir, hélas! Plus de quarante ans que nous subissons la diabolisation de nos adversaires et à l'heure où plusieurs initiatives (dont la nôtre) sur les excès de l'immigration et du bétonnage circulent dans ce pays en déliquescence, je m'interroge sur la nature réelle de la finalité des bonnes âmes humanitaristes qui les stigmatisent.

Ces initiatives n'auraient pas lieu d'être si les dirigeants de ce pays étaient pleinement responsables. S'ils étaient responsables, il n'y aurait pas 50 à 70'000 immigrés supplémentaires

res dans un pays de 41'000 km<sup>2</sup> dont 38% seulement de surface habitable. Il n'y aurait pas 40'000 naturalisations chaque année depuis l'adoption de la criminelle double nationalité en 1992. Il n'y aurait pas autant d'étrangers et de naturalisés exerçant des fonctions de responsabilité au sein des médias, des partis politiques, de l'enseignement, de la justice, des syndicats, des conseils communaux, cantonaux et nationaux!

(Voir la pitoyable affaire *Lumengo* qui a discrédité les institutions politiques du pays et du parti socialiste qui l'est depuis longtemps déjà!...) Jusqu'au programme de cette lamentable organisation qui mentionne ni plus ni moins l'abrogation de l'Armée suisse! Imaginez les socialistes français en faire autant avec leur défense nationale!

Nous pourrions également évoquer la criminalité exponentielle; le vote des étrangers (qui, pour l'instant, heureusement ne votent guère!); les faux requérants d'asile à plus de 90% et dont l'entretien ruine le pays etc... etc... Après le vote sur les minarets (29/11/09) et son cortège d'hostilités et de comminations démentielles (la France, encore, qui compte 2000 mosquées les interdit sur son territoire!) précédent celui sur le renvoi des criminels étrangers (28/11/10)



confirmer le redressement, un peu tardif quand-même, des citoyens de ce pays à l'aube des combats décisifs qui s'annoncent et dont les enjeux sont la survie de notre identité, de notre indépendance et de notre histoire. Alors seulement nous saurons si la déclaration pathétique d'Henri Guillemin se révélera superflue et si le cours des événements se sera miraculeusement inversé.

«Notre cœur ne sera jamais assez grand pour contenir toute l'angoisse d'un monde condamné à mourir s'il n'a pas l'amour des vaincus.»

(Henri Guillemin, 1903–1992)

Pierre-Maurice Vernay,  
président des DS Vaud, Remaufens

### Erratums

Les fautes d'impression constatées dans plusieurs articles signés P-M. Vernay, Pdt DS/VD, ne sauraient lui être imputables. Dont acte.

Comité directeur DS/VD, janvier 2013

## Assemblée des lecteurs romands du «Schweizer Demokrat»

**Le Dimanche 3 février 2013 à 10H00**

**Hôtel Continental à Lausanne (en face de la gare)**

9H30–9H50 **Accueil des participants enregistrement, Café...**

10H00

**Ouverture de la séance**

par Pierre-Maurice Vernay, président DS/VD;

**Etat des lieux en Suisse romande**

par Théodore Jovanovitch;

**Le renouveau du parti pourquoi?**

par Adrian Pulver, Secrétaire central DS;

**Une structure pour le renouveau!**

par Théodore Jovanovitch

11H30

Apéritif et repas

13H30

**Reprise de l'assemblée**

**Prises de position pour les votations fédérales du mois de mars 2013** par Adrian Pulver

14H00

**Le combat de l'information**

14H20

**Initiatives populaires et engagement politique**

15H00

**Clôture de la séance** par Pierre-Maurice Vernay

Veuillez annoncer votre participation au 079 750 08 02. Participation aux frais d'organisation Frs 10.– par personne. Paiement sur place. Café et apéritif offert. Boissons et repas aux frais des participants.

## La reconquête ou la disparition

Je me souviens du véritable choc ressenti – tel un déclic – il y a quelques années à Gersau, au bord du lac des quatre cantons. En contemplant le site, je me remémorais et revivais l'histoire héroïque des habitants de ce pays quand, soudain, un sentiment de honte irrépressible m'envahit: Allions-nous par inconscience suicidaire, nous qui vivons dans l'opulence, brader le patrimoine immarcescible que les Confédérés nous ont légué, eux qui connurent des conditions d'existence effroyables?

Les populations ibériques ont combattu près de huit siècles l'occupant arabe avant d'en être débarrassé. Mais à quel prix! Une partie importante de la population métissée!... La Suisse n'a devant elle – si elle veut survivre et contrairement aux vaticinations captieuses du CF – que bien peu de temps à disposition afin de stopper, puis d'éradiquer, l'immigration «polymorphe» qui la

gangrène et obère dangereusement son avenir. Je ne cesserai jamais de m'étonner de l'indifférence *Incompréhensible* et mortelle – une manie! – d'une partie grandissante de ce peuple face au désastre programmé, planifié... engendré par cette exponentielle et insidieuse invasion. Je ne cesserai pas davantage de la combattre avec d'autant plus d'énergie qu'elle est, dit-on, celle du désespoir.

Et si ce désespoir n'est pas encore le vôtre, alors je voudrais que ces humbles lignes me permettent de vous le faire partager et qu'il puisse vous insuffler cette révolte sans laquelle il n'est pas de reconquête possible. Pas plus qu'il n'est d'avenir pour ce cher et beau pays. Et le temps presse...

«L'idéal du bien vivre est une manie d'époque déclinante.» (Cioran)

Pierre-Maurice Vernay,  
président des DS Vaud, Remaufens

## NON au fondamentalisme religieux!



Suite aux démonstrations et autres revendications du Conseil central islamique (CCI/IZRS) contre la prétendue islamophobie des suisses, les DS ont été la seule organisation politique à exiger une définition restrictive sur l'islam en Suisse.

En effet, les fondamentalistes musulmans sont en contradiction totale aux principes constitutionnels de Ceux-ci se basent sur l'acceptation par le peuple suisse de la construction des minarets ou le rejet

du principe d'égalité entre homme et femme et bien d'autres exemples.

Les buts du CCI/IZRS sont des vestiges du moyen âge et rappellent le temps de l'inquisition.

À contrario notre image de la société et de la place de l'être humain se base sur une vision met aucune différenciation religieuse ostentatoire (dispense pour les leçons de natation, par exemple.)

*Adrian Pulver,*  
secrétaire central des DS, Berne

## Le populisme?

Le populisme désigne un type de discours et de courants politiques, critiquant les élites et prônant le recours au peuple (d'où son nom), s'incarnant dans une figure charismatique et soutenu par un parti acquis à ce corpus idéologique. Il suppose l'existence d'une démocratie représentative qu'il critique.

C'est pourquoi il est apparu avec les démocraties modernes, après avoir connu selon certains historiens une première existence sous la République romaine.

Le mot *populisme* est apparu, en français, en 1929 sous la plume de Léon Lemonnier pour désigner une nouvelle école littéraire dont il a écrit le manifeste. Cette doctrine littéraire, se présentant comme inspirée par le naturalisme, entendait ramener la littérature à l'humble niveau des vies «médiocres», débarrassée de toutes «ces doctrines sociales qui tendent à déformer les oeuvres littéraires». Le populisme politique existe depuis le XIX<sup>e</sup> siècle aux USA («le *populisme* rural et petit-bourgeois voulut

réincarner le peuple fondateur de la démocratie américaine») et en Russie («Les *narodniki* de la Russie tsariste, en «allant au peuple», rêvaient de restaurer une communauté perdue.»).

Avant les années 1990, les termes «populisme» et «populiste» pouvaient désigner divers courants politiques se référant au peuple, parmi lesquels le parti de centre droit ÖVP autrichien ou le SHP turc au centre gauche qu'on a tendance depuis à ne plus vouloir qualifier ainsi, leur préférant le label de «populaire». Si le terme populisme est aujourd'hui (dès les années 2010) péjoratif en politique, les politiques dites populistes peuvent être très différentes: différences gauche/droite, et entre populismes d'Europe et d'Amérique du sud. L'historien Philippe Roger déclare que le mot populisme «désigne un complexe d'idées, d'expériences et de pratiques qu'aucune typologie, si fouillée soit-elle, ne saurait épuiser».

*Théodore Berseth, Genève*

## Démocrates Suisses

Postulat du Député DS argovien René Kunz

### Déduction fiscale pour les mesures d'auto-protection par des personnes privées

Il est demandé au Gouvernement d'examiner si les frais investis – ou au moins une partie – par des particuliers peuvent être déduits des impôts au titre de mesures d'auto-protections.

Aujourd'hui, les cambriolages, les agressions et autres délits punissables sont pratiquement quotidiens. Les services publics de sécurité recommandent à la population régulièrement qu'elles s'engagent à prendre des mesures préventives (systèmes d'alarmes, chiens de garde, cours d'auto-défense etc...). De telles mesures ont un coût! Si les organes de sécurité ne sont pas en mesure de remplir leur devoirs régaliens contre les méfaits criminels, il est justifié que cette charge financière soit déduite fiscalement.



### La rigueur vue par l'UDC

Le 27 novembre au Conseil national, lors du débat sur le budget 2013, l'UDC s'est présentée comme le grand champion de la rigueur comptable. Elle a proposé diverses coupes pour un total de 336 millions... L'UDC a réclamé cette économie pour la forme, par électoralisme... elle ne les a pas défendues après des autres parlementaires pour obtenir une majorité.

Parallèlement elle a demandé 62 millions supplémentaires pour la viticulture, l'agriculture, l'aide à l'exportation des produits agricoles et pour Suisse tourisme, déployant un zèle intense sous forme de lobbying et de tractation de marchands de tapis. Résultat: les dépenses supplémentaires sont acceptées, les économies rejetées!

Conclusion: **à elle toute seule, l'UDC est parvenue à faire augmenter les dépenses de 60 millions.** C'est ce que sans doute la bande à Blocher nomme «une politique stricte et sérieuse».

*Théodore Berseth, Genève*



## Leserbriefe

## Ausschaffungsinitiative: Volkswillen v/s Völkerrecht

Laut Bundesgericht ist die Ausschaffungsinitiative nicht unmittelbar anwendbar. Vielmehr sei diese Initiative vom Parlament unter Berücksichtigung des Völkerrechts (UNO-Konvention) zu konkretisieren. **Mit diesem Entscheid werden der Verwässerung, Verzögerung und Nichtumsetzung der Initiative Tür und Tor geöffnet.**

Einmal mehr wird eine internationale Konvention zur Aushebelung des Volkswillens benutzt.

Die UNO, welche die Menschenrechtskonvention geschaffen hat, ist aber selber alles andere als ein Musterknabe. **Ihr gehören zahlreiche Nationen an, die ihrerseits teils massiv Menschenrechte verletzen.** 2009 wurde die UNO-Generalsammlung ausgerechnet von Libyen (damals noch unter Gadda-

fi) präsiert. Libyen war 2010 und 2011 sogar im UN-Menschenrechtsrat vertreten! Was hindert uns daran, diese Konvention zu kündigen? Auch wir Schweizer haben Menschenrechte, zum Beispiel das Recht auf Eigentum, auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit usw.

Der Souverän hat entschieden, dass unsere Rechte höher zu gewichten sind, als die Rechte ausländischer Verbrecher.

Oft handelt es sich bei den fraglichen Verbrechen um Asylbewerber oder Asylanten, die hier nicht nur auf unsere Kosten leben, sondern Verbrechen begehen. Diese Tatsachen scheinen unseren Behörden, besonders unserer Bundesrätin Sommaruga völlig zu entgehen.

*Otto Weiersmüller, Uetikon*

## Energiestrategie 2050 Vernehmlassung; Energiecontracting vergessen?

Gemäss Art. 6 Abs. 2 des Entwurfs zum Energiegesetz (E EnG) trifft die Energiewirtschaft Massnahmen zur Förderung des sparsamen und rationellen Energieverbrauchs. Es werden durch das Bundesamt für Energie Zielvorgaben für die Elektrizitätslieferanten festgelegt (Art. 43 und 45 E EnG). Eine der effizientesten Massnahmen, Energie zu sparen, ist den Grossverbrauchern (Industrie und Dienstleistungen) die Sicherheit zu geben, dass sich Investitionen in Energiesparmassnahmen lohnen. **Der Energiecontractor leistet diese Einspargarantie gegen ein Entgelt.** Wenn die Energieversorgungsunternehmen (EVU) und ih-

re Hauptkunden verpflichtet werden könnten, Contracting-Verträge abzuschliessen, wäre ein grosser Schritt Richtung Energieersparnis gemacht. **Um diese «Negawatt» zu fördern, könnte auf jeder verkauften Kilowattstunde Strom ein Bürgerschaftsrappen erhoben werden.** Dieses Geld würde dann in einen Fonds fliessen.

Mit dem Bürgerschaftsfonds werden Projekte verbürgt, die mit geringstem Kapitalaufwand möglichst viel Energie einsparen und/oder erneuerbaren Strom erzeugen.

*Alex Schneider, Küttigen*

## Urdorf: Diebe schlachten gestohlenen Schafbock auf der Weide

Langsam reicht es uns Tierschützern einfach. **Immer wieder erfahren wir von Fällen, bei denen Schafe und Lämmchen gestohlen werden.** So geschehen unter ande-

rem in Stein, Kollbrunn und nun in Urdorf und dies sind nur die öffentlich bekannt gewordenen Fälle. Mit grenzenloser Gemeinheit gehen die Asylanten vor, indem sie

fremdes Eigentum stehlen, so nach dem Prinzip, «Ungläubige» dürfe man bestehlen! **Um anschliessend das total verängstigte Tier den höllischen, bei uns zu Recht verbotenen Schächttdodqualen (Art. 21 Abs. 1 TschG) auszusetzen.** Was sind das bloss für Barbaren!

Sie zeigen kein Gefühl, weder dem Tier noch den entsetzten Besitzern gegenüber. In ihren Ländern würden ihnen die Hände abgehackt und hier?

Hier werden sie von unseren linken und «netten», realitätsfremden Genossen noch geschützt, wobei sie sich dadurch mitschuldig machen! Statt einmal einem Wort des Dankes – hier sein zu dürfen – werden wir noch beklaut.

Für eine solche gemeine Tat darf es nur ein hartes Strafmass geben und zwar mit anschliessender Ausweisung, ohne Wenn und Aber, genug ist genug!

*Rita Gerritsen, Winikon*

## Zürcher Energiewende hängt von der EU ab

Jahrzehntelange Masseneinwanderung hat dazu geführt, dass wir die Bevölkerung in der Schweiz nicht mehr sicher und genügend mit Lebensmitteln und Energie in den notwendigen Formen versorgen können.

Wir müssen also bei den Nachbarn einkaufen, um damit auch einen Teil jener von dort zu uns gekommenen Bevölkerung versorgen zu können.

Man nimmt die Drohung «kommt keine Einigung zustande (EU-Schweiz), könnte die EU Hochspannungsleitungen um die Schweiz herum bauen» zur Kenntnis! Die Bilanz aus diesen Entwicklungen lautet: **Wir nehmen den umliegenden EU-Ländern, Spanien, Portugal usw., auch**

**Deutschland, einen Teil ihrer Arbeitslosen ab und die EU erpresst uns dafür mit abstrusen Forderungen, anstelle von etwas dankbarer, freundschaftlicher Zusammenarbeit!**

### Automatisches EU-Recht!

Wir importieren zum Beispiel über Deutschland russisches Erdgas. Ebenso Erdöl; dieses unter anderem auch aus Förderländern wie Libyen oder Saudi-Arabien. Folgt dann als Konsequenz der automatischen Übernahme von «EU-Recht» auch die Forderung von Herrn Putin, wir müssten seine Gesetze ebenso übernehmen? Und was, wenn Saudi-Arabien als Zusatzpreis für die Handelsbeziehungen von uns die Übernahme arabischen Scharia-Rechts verlangt?

*Alexander Steinacher, Thalwil*

## Gefährlicher Einsatz von Psychopharmaka!

Als ich den Artikel über Demenz bei Altersheimbewohnern gelesen habe, stiegen in mir Bilder eines Dokumentarfilmes über die Folgen des Einsatzes von Psychopharmaka hoch. Der Titel der DVD lautet «Ein Milliarden-Geschäft, Gefährliche Psychopharmaka». Was man in dieser knallharten Doku zu Gesicht bekommt, ist sehr schwer verdauliche Kost und man wünscht niemandem, diese sogenannten Beruhigungsmittel einnehmen zu müssen. Was Psychopharmaka für einen immensen Schaden anrichten, ist unvorstellbar. Um sich ein Bild darüber zu verschaffen, empfehle ich, die obengenannte DVD anzuschauen

und man wird zur Einsicht gelangen, dass es ein Verbrechen ist, den Menschen Psychopharmaka zu verabreichen.

**Ergänzend wäre noch zu erwähnen, dass die Psychiatrieindustrie laufend neue psychische Störungen erfindet und damit ein Riesengeschäft macht.**

**Werden diese Krankheiten nur erfunden, um den Herstellern von Psychopharmaka weitere Milliardengewinne zu sichern?** Wir müssen solchem Treiben so schnell als möglich ein Ende setzen, um die Verabreichung der Todespillen namens Psychopharmaka umgehend zu stoppen!

*Martin Bracher, Büsserach*

**Ja zum Referendum gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bei Tankstellenshops. Kein Wachstumswahn auf Kosten der mässigen Arbeitsbedingungen im Detailhandel. Nein zur 24-Stunden-Gesellschaft!**

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Köniz



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Asylparadies Schweiz

Die Schweiz ist auch für Asylbewerber, die gar keine Flüchtlinge sind, ausserordentlich attraktiv.

**Tausende von Zuwanderern, vor allem junge Männer aus Afrika, die keinerlei Asylgründe haben, aber ein besseres Leben in Europa suchen, kommen – in der Regel über Schlepper – ins «Asylparadies Schweiz».**

Sie haben die Gewissheit, dass sie für viele Monate oder gar für Jahre hier bleiben können – sei es als Wehrdienstverweigerer oder Deserteur, sei es, dass sie eine (angebliche) Verfolgung in ihrem Herkunftsland erst nachträglich durch sogenannte «Nachfluchtgründe» geltend machen, sei es, dass sie als Härtefall deklariert werden, sei es, dass sie aus medizinischen Gründen hier bleiben können und teure Behandlungen erhalten, sei es, dass sie nach heutigem Recht jahrelang Sozialleistungen oder Nothilfe bekommen, auch wenn sie ihre Identität verheimlichen, oder sei

es, dass auch «vorläufig Aufgenommenen» (Ausländerausweis F) einen Familiennachzug gewährt wird.

### Massnahmen gegen Scheinflüchtlinge

Die Attraktivität unseres Landes muss für Scheinflüchtlinge mit wirksamen Massnahmen gesenkt werden. Es geht darum, eine Abhaltewirkung zu erzielen, die Spreu vom Weizen zu trennen und die Schlepper- und Asylindustrie auszutrocknen. Nur so können wir den echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen gerecht werden. Unabhängig der bevorstehenden grundsätzlich gelungenen Asylgesetzesrevision, über die wir im laufenden Jahr abstimmen können, haben wir folgende zusätzliche Vorschläge zur Attraktivitätsenkung:

### • Sozialleistungen nur bei Bekanntgabe der Identität

Personen, die ihre Identität nicht preisgeben, haben keinen An-

spruch auf Sozialleistungen oder auf Nothilfe. Das Bundesgericht hat dies abgelehnt. **Damit liegt eine Ungleichbehandlung von Schweizern und Ausländern vor**, die mit der Änderung der Rechtsgrundlage beseitigt werden muss. Es kann nicht sein, dass Personen Sozialleistungen erhalten, ohne dass sie ihren Namen preisgeben. Für Schweizer wäre dies unvorstellbar.

### • Einschränkung der Nothilfe

Nur Sachleistungen, auf vier Monate beschränkt. Ein Unterbruch beim Nothilfebezug hat keine Auswirkungen auf die maximale Bezugsdauer. Nothilfe dient dazu, eine vorübergehende Notlage abzudecken. Heute dauert diese zum Teil mehrere Jahre. Nothilfe bekommen bekanntlich nur Personen mit einer definitiven Wegweisungsverfügung; sie müssen und könnten unser Land verlassen. **Mit der Beschränkung der Nothilfe soll Druck zur selbstständigen Ausreise entstehen.**

### • Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene

Vorläufig Aufgenommene haben kein Recht auf Familiennachzug. Die vorläufige Aufnahme sollte vorläufig bleiben. Mit dem Recht auf Familiennachzug tendiert die Wahrscheinlichkeit einer Rückreise gegen null.

**Mit all diesen Massnahmen wird die Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge (zugunsten der echten Flüchtlinge, die an Leib und Leben bedroht sind) wirksam gesenkt.**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
Bern

## Das Testament – Die letztwillige Verfügung

*Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

**Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.**

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:  
Schweizer Demokraten SD  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:  
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,  
rudolf.keller@bluewin.ch

## Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion